Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 4-gespaltene Reklamezeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Anzeigen bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 106 | Freitag, den 7. Mai 1920 | 11. Jahrgang

Die Befreiung der Danziger Beamtenschaft

ist das Werk der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat die Beamten aller Art aus um Menschenrecht und Freiheit betrogenen Heloten der früheren reaktionären Machthaber zu freien Staatsbürgern gemacht. Die Sozialdemokratie hob für sie die Pflicht zur blinden Unterordnung und die besonders schmähliche Gesinnungs-Knechtschaft auf! Die Sozialdemokratie mußte, sogar gegen den stärksten Widerstand der Deutschnationalen, die untern Beamten erst noch von der entwürdigend schändlichen Arreststrafe befreien!

Die Sozialdemokratie gab den Beamten durch die Beamten-Ausschüsse das Recht der Mitwirkung an der Gestaltung ihrer amtlichen Tätigkeit. Damit sind die besonderen Forderungen der Sozialdemokratie aber noch lange nicht erfüllt.

Die Sozialdemokratie verlangt für die Beamtenausschüsse Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Anstellung, Beförderung, Versetzung und im Disziplinar-Verfahren. Die Deutschnationalen sind auch heute noch die Gegner solcher Beamtenrechte. Ihr Sieg und vor allem der, der ihnen geistesverwandten „Freien Wirtschaftlichen Vereinigung“, wäre die Wiederherstellung der früheren Rechtslosigkeit und Gesinnungsknechtung der Beamten!

Jeder Beamte und jede Beamtin, die ihre neue Freiheit erhalten und ausdehnen wollen, müssen deshalb bis zum Wahltage, am Sonntag, den 16. Mai, mit Aufbietung aller Kraft dafür sorgen, daß die Wahl zum Danziger Volkstage ein

überwältigendes Vertrauensvotum der Danziger Beamtenschaft für die Sozialdemokratie

wird. Deshalb muß auch jeder Beamte in richtiger Betätigung seiner neuen Wahlfreiheit für die sozialdemokratische Kandidatenliste stimmen:

Dr. Zint, Gehl, Grünhagen, Brill.

Der Kampf um die Beamtenseele.

In wenigen Tagen wird das Freistaatparlament gewählt werden. Drei Wochen später tritt das erste republikanische Parlament — die verfassungsmäßige Nationalversammlung Deutschlands — vom Schauplatz seiner Tätigkeit ab, um dem neu zu wählenden ersten Reichstag der Deutschen Republik den weiteren Ausbau unseres demokratischen Staatswesens zu überlassen. Ueber die Tätigkeit der Nationalversammlung ist viel geschrieben und noch mehr geredet worden. Eins steht fest, wohl kein Parlament hat bisher eine solche Fülle gesetzgeberischer Arbeit zu leisten gehabt und in einer solch politisch hochbewegten Zeit für des Volkes Wohl gearbeitet, wie dies von der Nationalversammlung geschehen ist.

Die Neuwahlen stehen vor der Tür. Der Kampf der Parteien um die Gunst der Volksgenossen beginnt. Frühlingsluft wittert die Reaktion, die mit neuen Aushängeschildern in den Kampf zieht.

Innerhalb der Volksgemeinschaft nimmt die deutsche Beamtenschaft einen besonderen Platz ein. Durch die mustergültige Erziehung in monarchischem Sinne wird es den rechtsstehenden Parteien außerordentlich leicht, ihre Agitation zu entfalten und den bisher fast unpolitischen Beamtenkörper für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Dieses tritt in erhöhtem Maße in der mittleren und höheren Beamtenschaft in die Erscheinung, während das Gros der unteren Beamten zweifellos von demokratischem Geist beseelt ist. In geschickter Weise verstehen es die Deutschnationalen und Volksparteiler, die Beamtenschaft mit dem Bolschewismus, der Judenherrschaft, dem Schieber- und Wucherunwesen sowie der Futterkrippe zu schrecken, und es ist nicht zu leugnen, daß bei einem Teil der Beamtenschaft diese Männer — angeblich der Ordnung, der Freiheit und der Tat — williges Gehör finden.

Den Parteien, die in der Opposition stehen, ist es ja leicht, den Beamten goldene Berge zu versprechen und auf ihre beamtenfreundliche parlamentarische Tätigkeit hinzuweisen, da sie ja jeder Verantwortung enthoben sind. Man führt den Beamten das Schlaraffenleben vor Augen, das sie angeblich vor dem Kriege geführt haben sollen, und vor allen Dingen das Wohlwollen der alten Regierung in Gestalt von Titeln, Orden und Uniformabzeichen, die dem Beamten Macht und Ansehen im Staat verliehen und ihn über die anderen Volksgenossen herausgehoben hätten.

Geflissentlich schweigt man über die entwürdigenden Verhältnisse, die den Beamten zum Prügelknaben seiner Vorgesetzten, zum Staatsbürger zweiter Klasse, zum Schergen der Monarchisten und zu einem willenlosen Werkzeug der Volkskreise machten, die zum Herrenleben geboren und denen die Ausbeutung ihrer Volksgenossen Lebenszweck war. Man vergißt aber auch zu erwähnen, daß zwischen dem Deutschland von 1914 und dem von 1920 einer der schrecklichsten Kriege der Weltgeschichte liegt, der unermeßliche Kulturwerte vernichtete und des Volkes Hab und Gut verzehrte, der Millionen Kinder zu Waisen gemacht, Millionen Frauen und Mütter ihrer Ernährer beraubt und die niedrigsten Instinkte im Volke ausgelöst hat. Die Deutschnationalen und Volksparteiler vergessen nur immer zu sagen, daß sie die Verbrecher waren, die im Bunde mit den Militaristen in den langen Friedensjahren die Brennstoffe schichteten, die den Völkern eine hellodernde Kriegsfackel werden mußten. Sie verschweigen, daß sie die Urheber all der traurigen Verhältnisse sind, die sie heute der Regierung zum Vorwurf machen und mit denen sie in der Beamtenschaft hausieren gehen.

Leider spielt der Standesdünkel auch heute noch bei einem Teil der Beamtenschaft eine große Rolle, der besonders von unseren Gegnern geschickt ausgenutzt wird. Das militärische Vorgesetztensystem hat eine Atmosphäre geschaffen, die einer tragischen Komik nicht entbehrt. Trotz der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Beamtenschaft immer, aber besonders im Kriege gelitten hat und durch die sie sich heute um nichts von den Arbeitern unterscheidet, betrachtet sich ein erheblicher Teil noch immer als etwas Besonderes im Staat und lehnt es mit Entschiedenheit ab, mit den Arbeitern auf eine Stufe gestellt zu werden. Ein beliebtes Agitationsmittel der rechtsstehenden Parteien ist aus diesem Grunde ihr Kampf gegen die sozialistische Gleichmacherei, der ja jedem denkenden Beamten verständlich sein müßte, wenn er das Wesen des alten Klassenstaates einmal näher betrachtet hat. Während in der Monarchie die Vorrechte der Geburt und des Geldsacks eine ausschlaggebende Rolle für Rang, Ehren und Würden spielten, ist dieses allerdings im demokratischen Staatswesen nicht der Fall, in dem Wissen, Macht und die Arbeit der Adel ist. Nicht Adel, Geburt und Geld, sondern Arbeit und Wissen verschafft dem Volksgenossen in der Republik Stellung und Ansehen. Wer die Arbeit nicht als Lebenszweck ansieht, hat auch keine Berechtigung, sich über seine Mitmenschen zu erheben, nur aus dem Grunde, weil er der Sohn seines Vaters ist.

Der Kampf beginnt! Wie Genosse Scheidemann wollen wir anklagen:

Ihr habt Deutschland in den Krieg gehetzt!

Ihr habt das Elend über unser Volk gebracht!

Ihr tragt die Schuld am Zusammenbruch des Reichs!

Ihr habt Deutschlands Handel und Industrie zugrunde gerichtet!

Ihr seid schuld, wenn unser Land im Bürgerkrieg verblutet!

Ihr tragt das Kainszeichen des Brudermordes an der Stirn!

Ihr, die ihr euch Deutschnationale oder Volksparteiler („Frei. Wirtschaftliche Vereinigung“) nennt!

Auf zum Kampf gegen den Indifferentismus und gegen die politische Gleichgültigkeit in unseren Reihen!

Polnische Verschwörung in Oberschlesien.

Die „Schlesische Volkszeitung“ berichtet über die Verschwörung der Polen Oberschlesiens. Danach fand in Beuthen eine Zusammenkunft der großpolnischen Führer statt. Erster Punkt der Tagesordnung war die Anerkennung der „illegalen polnischen Republik Oberschlesien“ durch einen Vertreter der polnischen Regierung aus Warschau.

Die Versammlung leitete Michael Wolski, der rühmend hervorhob, daß man es verstanden habe, unter dem Deckmantel von Sportvereinen Politik zu treiben und die Mitglieder militärisch heranzubilden. Sie hätten auch Waffen und Munition. Die Zeit sei nicht mehr fern, wo sie öffentlich an Stelle der verbrecherischen Sicherheitswehr zum Schutze des „urpolnischen Schlesierlandes“ auftreten könnten. Alsdann teilte Wolski mit, daß die am 28. Februar d. Js. in Posen begründete „illegale polnische Republik Oberschlesien“ von der polnischen Regierung in Warschau anerkannt worden sei, und diese Urkunde hierüber wurde von dem Vertreter aus Warschau verlesen.

Hierauf ergriff Graf Ostrowski das Wort und sprach seine Anerkennung für die Tätigkeit in Oberschlesien aus. Er verlas Urkunden über die Angliederung Oberschlesiens an Polen. Barlicki aus Warschau sprach über die von der polnischen Regierung eingeleiteten Schritte bei den höchsten Instanzen in Paris, die die „Sicherstellung Oberschlesiens gegen die Gewalttaten der Deutschen“ zum Zwecke hätten und betonte, daß die polnische Regierung täglich zum Eingreifen bereit sei, um der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien Schutz zu gewähren. Dr. Szramek legte dann noch jedem Versammlungsteilnehmer ans Herz, dahin zu wirken, daß alle polnischen Vereine und Gewerkschaften Protestkundgebungen an die Ententekommission gehen lassen sollten, damit die Sicherheitswehr aus Oberschlesien entfernt würde. Nur dann könnten die Polen ihre Propaganda in Ruhe betreiben und ihre Ziele erreichen.

Auf einem Flugblatt, das gestern in Karp verteilt wurde, forderte der Vorstand der polnischen Berufsvereinigung und der Vorstand des polnischen Bergarbeiterverbandes zu Versammlungen auf, deren Zweck nicht angegeben war. Auf der Versammlung in Karp wurde beschlossen, in einem zweitägigen Proteststreik einzutreten, falls die Sicherheitspolizei aus Oberschlesien nicht entfernt würde. Eine Versammlung deutscher Arbeiter in Karp verurteilte das Vorgehen der polnischen Berufsvereinigung scharf und beschloß einstimmig, sich an dem Streik nicht zu beteiligen.

Als gestern früh von der Polizei in Kochlowitz bei Beuthen eine Razzia vorgenommen wurde, um einige Einbrecher festzunehmen, wurde plötzlich aus dem Hinterhalt geschossen. Dabei wurde ein Polizeibeamter erschossen, ein zweiter so schwer verletzt, daß er bald seinen Wunden erlag.

Die Korruption der deutschen Presse.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitsamt der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt ist von den Testamentsvollstreckern Reimar Hobbings an den rheinischen Großindustriellen Stinnes verkauft worden.

In der Norddeutschen Buchdruckerei wird auch der „Reichsanzeiger“ und eine große Anzahl der amtlichen Formulare hergestellt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wird von der Regierung als offiziöses Organ benutzt.

Die Selbständigkeit der bürgerlichen Presse wird immer mehr eingeschränkt. Stinnes hatte kürzlich außer mehreren Zeitungen im Reich auch den „Berliner Lokalanzeiger“ aufgekauft.

Polenoffensive und Nationalbolschewismus.

Ein Aufruf der russischen Sowjetregierung.

Was in der englischen Presse gleich vermutet wurde, daß nämlich die polnische Offensive Moskau die Gelegenheit zu der Parole „Rußland den Russen!“ geben und das bolschewistische Regime erst recht stärken werde, dürfte alsbald eintreffen, wenn auch inzwischen Kiew von den Polen besetzt wird.

Ein Aufruf der Sowjetregierung, der nicht nur an die Arbeiter und Bauern, sondern auch an alle „ehrlichen Bürger Rußlands“ gerichtet ist, sagt, daß das Land durch die Truppen der polnischen Großgrundbesitzer bedroht sei. Dies geschehe unter Mithilfe ihres Söldners Petljura. Mit französischen Geldes sei es den polnischen Weißgardisten gelungen, die galizischen Truppen zum Vorstoß zu verführen. Dies sei die Antwort der regierenden Klasse Polens auf das aufrichtige Friedensangebot von Sowjet-Rußland. — Weiter heißt es: Sowjet-Rußland, welches Denikin, Kolltschak und Judenitsch besiegt hat, ist imstande, mit Feuer und Stahl den polnischen „Pans“ und denen, die hinter ihnen stehen, zu beweisen, daß die Zeit, wo das russische arbeitende Volk wehrlos war, zu Ende ist. Ihr könnt den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß sein Echo in den Straßen aller Hauptstädte der Erde widerhallt.

Inzwischen haben die Sowjettruppen das Bakuer Petroleumgebiet und die nordpersische Provinz Aserbeidschan besetzt, nachdem dort ein Sowjetsystem aufgerichtet worden war. —

Mit dieser Abwehr der russischen Kommunisten vergleiche man die würdelose Haltung der Danziger Unabhängigen, die jeden Uebergriff der polnischen Wortführer und Militaristen gegen Danzig und Deutschland noch entschuldigend beschönigen!

Beseitigung der wohlerworbenen Beamtenrechte?

Je näher der Tag für die Wahlen zum Danziger Volkstag kommt, desto schärfer arbeiten die sogenannten bürgerlichen Parteien mit allen Mitteln gegen die Sozialdemokratie. Jetzt führt man besonders den Beamten das Schreckgespenst „Beseitigung der wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft" vor Augen. Der Stadtverordnete Schmilsen hat neulich in der von der deutschdemokratischen Partei einberufenen Beamtenversammlung u. a. ausgeführt: Bekämen wir in Danzig eine sozialistische Mehrheit, dann hätten wir einen Klassenstaat der Arbeiter. Ein Klassenstaat der Arbeiter würde sehr bald die wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft beseitigen.

Wir bedauern, daß dieser Ausspruch gerade von Herrn Schmilsen, dem Vorsitzenden des Danziger Beamtenbundes, gefallen ist. Wenn ihm als Politiker der Gegenentwurf der sozialdemokratischen Fraktion zu einer Verfassung für die Freie Stadt Danzig wirklich vollkommen unbekannt sein sollte, so hätte er unseres Erachtens in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Danziger Beamtenbundes die Pflicht gehabt, sich bei seinen Fraktionskollegen oder vielleicht auch bei einem dem Verfassungsausschuß angehörenden Sozialdemokraten darnach zu erkundigen, wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu [illegible] stellt. Herr Schmilsen hätte dann [illegible] nicht tun können [illegible] aus wohlerwogenen Gründen. Zur Beruhigung der gesamten Beamtenschaft der Freistadt Danzig veröffentlichen wir hiermit die Artikel 54—57 des dem Verfassungsausschuß vorgelegten Gegenentwurfs der sozialdemokratischen Fraktion zu einer Verfassung für die Freie Stadt Danzig.

Art. 54

Die Beamten werden auf Lebenszeit angestellt, soweit nicht [illegible] Gesetz [illegible] Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich. Für die vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten steht der Rechtsweg offen.

Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einstweilen oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden. Gegen jedes dienstliche Straferkenntnis muß ein Beschwerdeweg [illegible].

In die Personalakten der Beamten dürfen ungünstige Tatsachen erst eingetragen werden, wenn dem betreffenden Beamten Gelegenheit gegeben war, sich über sie zu äußern. Die Eintragung ist dem Beamten mitzuteilen. [illegible] Einsicht in seine Personalakten zu.

Art. 55

Allen Beamten ist die Freiheit ihrer politischen Ueberzeugung und das Recht zur politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Betätigung gewährleistet. Alle Gesetze und Verordnungen, welche diese Rechte einschränken, [illegible] sind ungültig.

Art. 56

Die Beamten erhalten nach näherer gesetzlicher Bestimmung [illegible] Vertretungen durch Beamtenausschüsse und eine Beamtenkammer.

Art. 57

Die Lehrer und Lehrerinnen der öffentlichen Schulen sind Staatsbeamte.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die sozialdemokratische Fraktion des Danziger Volkstages sich nötigenfalls mit aller Schärfe für die Annahme der Artikel 54—57 ihres Verfassungsentwurfes einsetzen wird. Erwähnenswert erscheint es uns aber, daß der vom Verfassungsausschuß eingesetzte Unterausschuß die Artikel 54—57 mit geringen Aenderungen in seinen Verfassungsentwurf übernommen hat.

Die Beamten mögen nunmehr selbst entscheiden, ob ihre wohlerworbenen Rechte von der sozialdemokratischen Partei gewahrt werden. Beamte, denkt daran, daß Eure Rechte von einer agrarisch-kapitalistischen Mehrheit im Danziger Volkstag mit Füßen getreten werden. Wenn Eure Forderungen voll und ganz erfüllt werden sollen, dann gebt am 16. Mai Eure Stimme der sozialdemokratischen Partei, die einzig und allein ohne Rücksichtnahme auf persönliche Interessen der Agrarier und Kapitalisten die Rechte der Kopf- und Handarbeiter wahrnehmen kann.

Beamte, Beamtinnen und Angehörige! Wählt am 16. Mai die Liste **Amtsrichter Dr. Zint.**

Eine interessante Züricher Wahlstatistik.

Folgen bolschewistischer Neigungen.

Aus der Schweizer Sozialdemokratie sind leider die sogenannten Grütlianer seinerzeit ausgetreten, weil die Partei ihnen „zu radikal" war. Zu billigen ist diese Quertreiberei so wenig wie die Sonderaktionen unserer „Unabhängigen" und „Kommunisten". Seitdem haben unsere Schweizer Genossen vielfach mit dem Bolschewismus geliebäugelt und sind von dem demokratischen Prinzip abgewichen. Die Folgen blieben bei den [illegible] im Kanton Zürich nicht aus:

	Von 100 Wählern stimmten im Jahre 1917	1920
[illegible]	41.8	40.5
[illegible]	27.0	26.4
[illegible]	5.9	10.-
demokratisch	12.5	9.-
christlich-sozial	9.0	7.-
evangelisch	—	2.5
wild	—	2.-
wirtschaftsdemokratisch	—	0.5

Die Sonderbündler vom Grütliverein gewannen annähernd das, was die Sozialdemokratie verlor, weil sie — so sehr man ihre Sonderaktionen mit Recht tadeln mag — dem demokratischen Prinzip konsequent treu geblieben sind.

Arbeiterwahlsieg in England.

Den geradezu glänzenden Wahlsieg des Kandidaten der englischen Arbeiterpartei, Jack Mills, im Wahlkreis Dartford, führt „Daily Herald" auf seinen ohne jedes Kompromiß geführten Kampf für den Sozialismus zurück. Mills selbst hat zwar seine Kandidatur als sicher angesehen, aber auch er hat nicht eine Mehrheit von 9380 über die Koalition und 9048 über die Liberalen erwartet. Bei den allgemeinen Wahlen waren noch 15 696 Stimmen für den Koalitionsliberalen und nur 4606 für die Arbeiterpartei abgegeben, während jetzt Mills 13 610, die Unabhängigen Liberalen 4562 und die Koalition 4221 Stimmen erhalten.

Mills hat sich bei seiner Wahlpropaganda immer entschieden für die Uebernahme der Bergwerke und der Hauptindustrien in das Allgemeineigentum eingesetzt und demokratische Kontrolle über sie verlangt. Den Frauen, die bei der Wahl zweifellos den Ausschlag gaben, leuchtete vor allem seine Forderung eines gerechten Steuersystems ein, damit die Belastung des Arbeiterhaushalts durch Steuern auf Lebensmittel aufhören könnte. Die Gewerkschaften haben die Wahl ebenfalls kräftig unterstützt. Innerhalb drei Wochen wurden in Werkstätten und Ortsgruppenversammlungen über 600 Pfund (nach Vorkriegswährung über 12 000 Mk.) gesammelt. — Jack Mills ist 37 Jahre alt, ist Sekretär der Chow Stuards in Woolwich und gehört der entschiedenen Richtung der englischen Arbeiterbewegung, der Independent Labour Party an.

Deutschland.

Die Deutschnationalen gegen die Frauen.

Daß die Deutschnationalen nur dem Zwange gehorchend für die politische Gleichberechtigung der Frauen eintreten, ist für jeden Kenner des politischen Lebens klar. Die deutschnationalen Politiker kämpfen vor allen Dingen jetzt nicht offen gegen die Gleichberechtigung an, weil sie ganz genau wissen, daß sie mit Hilfe ihrer demagogischen Gefühlsagitation gerade die im politischen Leben noch unerfahrenen Frauen für ihre Zwecke gewinnen können. Daß sich hinter der Maske der „nationalen Freiheit", welche die Deutschnationalen augenblicklich ganz besonders hervorkehren, immer noch der alte reaktionäre rückschrittliche Geist von früher verbirgt, zeigte ein Ausspruch des deutschnationalen Wortführers und Schriftführers der „Deutschen Zeitung" Abel aus Berlin in einer Versammlung der Deutschnationalen Partei in Halle. Ihm entschlüpfte, als er über die politische Stellung der Frau sprach, folgendes beachtenswertes Geständnis: „Die politischen Frauen sind, wenn sie vereinzelt stehen, wie Blumen auf dem Kornfeld. In größerer Anzahl wirken sie aber als ein lästiges Unkraut!" Dem Aussprache [illegible] bezeichnenderweise die Versammlung stürmischen Beifall. Einer Vorstandsdame der „Deutschnationalen" ging aber die Offenheit des „Politikers" Abel doch etwas über die Hutschnur und sie wandte sich mit Entrüstung gegen diese Herabsetzung der weiblichen Wähler. Nützen wird jedoch auch ihr diese Entrüstung nicht viel, denn die „Deutschnationalen" (Konservative) werden trotz der schönen Augen, die sie jetzt den Frauen noch machen, nicht von ihrer vorsintflutlichen Meinung lassen können. Der Redeschwall des Herrn Abel muß auch den belehrenden Frauen zeigen, wo ihre eigentlichen Feinde, die nie aus ihrer reaktionären Haut herauskommen werden, stehen. Für sie gilt infolgedessen noch viel mehr der Spruch: Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber!

Militarismus und Kommunismus.

Wie einer dem anderen hilft!

Durch den Streit der K. P. D. und der K. A. P. D. erfährt die linksradikale Arbeiterschaft manche interessante Wahrheit, die nicht geglaubt wurde, solange sie von uns ausgesprochen wurde, der sich die Radikalen nun aber kaum mehr werden verschließen können, wo sie von den Propheten des „wahren Radikalismus" bestätigt wird. Wir haben hier oft ausgeführt, daß es in erster Linie der Putschismus der äußersten Linken war, der den Militarismus in Deutschland wieder hochzüchten half. Diese Feststellung hat mitunter heftigen Zorn der Ganzradikalen erregt. Sie wird aber nun vollständig bestätigt durch die neueste Streitschrift der K.A.P.D.-Führer Laufenberg und Wolffheim gegen die K. P. D. In dieser Schrift „Kommunismus gegen Spartakismus" wird wiederum der K.P.D.-Führer Paul Levi als das „schamloseste Subjekt aller Zeiten" angegriffen, es wird ihm vorgeworfen, die Front erdolcht zu haben, anstatt sie aus einer imperialistischen in eine revolutionäre Front zu verwandeln. Der Hauptvorwurf wird jedoch gegen Levi erhoben wegen der Schaffung des „Roten Soldatenbundes". Hierüber sagt die Schrift:

„Die Schaffung einer bewaffneten Prätorianerbande (Roter Soldatenbund. Red.) mit den unerschöpflichen Mitteln und im Dienste dieses Spießgesellen des internationalen Finanzkapitals (gemeint ist Levi. Red.), der den Bürgerkrieg zu einer programmatischen Forderung erhob und ihn zum alleinigen Ziel und Inhalt der revolutionären Bewegung machte, führte mit tödlicher Sicherheit zur Eröffnung des inneren Krieges, in welchem die deutsche Arbeiterklasse sich selbst zerfleischte und Teile von ihr der durch die Taktik dieses Verbrechers gezüchteten weißen Garde ausgeliefert wurden. Wie sehr diese Taktik den Wünschen gewisser Militärs entsprach, zeigt der blutrünstige Eifer, womit die preußischen Galliffets sich von den Januartagen an auf die revolutionären Arbeiter stürzten, wo immer ihnen dazu die Gelegenheit geboten wurde."

Die Folgen des Putschismus der K. P. D. sind hier ganz richtig charakterisiert. Nur setzen die Laufenberg und Wolffheim an die Stelle dieses Putschismus etwas womöglich noch Schlimmeres: den nationalen Bolschewismus. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so hätte nach dem 9. November 1918 nicht Frieden geschlossen werden dürfen, sondern es hätte mit aller Kraft (nur war solche nicht mehr vorhanden!) der revolutionäre Volkskrieg gegen die Entente entfesselt werden müssen. In diese Idee sind die Laufenberg und Wolffheim so verrannt, daß sie sich ganz die alldeutschen Schlagworte von der „erdolchten Front" und von der „Korruption durch fremde Gelder" angeeignet haben. So heißt es in einer Polemik gegen Levi:

„Der Mann, der heute schamlos offen seine Beziehungen zu Trebitsch-Lincoln selbst enthüllt, er kann gezwungen werden zu enthüllen, mit welchen englischen Agenten von der Sorte jenes Trebitsch er im Oktober 1918 in Verbindung stand, als er die deutsche Front erdolchte. Und er wird vielleicht sich bereitfinden müssen, neugierige Fragen nach der Herkunft der ihm nach eigenem Geständnis durch die Finger gleitenden vielen Millionen anders zu beantworten als auf der Heidelberger Konferenz, wo seine Antwort in dem Hinauswurf der neugierigen Frager bestand."

Das könnte ebenso gut Kapp wie die K. A. P. D. geschrieben haben. Wer wird aus dieser Flugschrift die Lehre ziehen müssen, daß es sowohl mit der K. P. D. wie mit der K. A. P. D. nichts ist.

Die Internationale der Kriegsteilnehmer.

Genf. Der Internationale Kongreß der ehemaligen Kriegsteilnehmer wurde Sonntag abend durch eine große öffentliche Versammlung unter dem Vorsitz von Henry Barbusse abgeschlossen. Außer Barbusse ergriffen das Wort die Deutschen Tiedt, Cariez und Zickler, ferner Vertreter aus dem Elsaß, Italien, England und Frankreich. Sämtliche Redner einschließlich Barbusse bekannten sich zum Programm des internationalen Sozialismus. **Sie haben kein Vertrauen zu dem in Versailles gegründeten Völkerbund, den der englische Redner eine Liga der Stagnation nannte.** Großen Eindruck machten die Ausführungen des Elsässers Schäffer, in denen die ganze Enttäuschung der elsaß-lothringischen Arbeiter über ihre Behandlung unter der französischen Republik zum Ausdruck kam. Der Kongreß wird sich im Oktober in Mailand abermals versammeln.

Französische Kulturträger.

Saarbrücken. Eine junge Dame, die am Sonnabend abend sich in Saarbrücken auf dem Nachhausewege befand, wurde in einer der Hauptstraßen von drei Marokkanern angehalten und belästigt. Dem Erscheinen verschiedener Passanten war es nur zu verdanken, daß die Marokkaner von der Dame abließen. — Ein 26jähriges Fräulein aus Saargemünd, das um 11.05 Uhr von Hanweiler nach Saargemünd fahren wollte, wurde am Eingang des Dorfes nach dem vergeblichen Versuch, sie zum Passieren einer entlegeneren Zugangsstraße zu bewegen, angefallen. Durch das Herbeieilen von Dorfeinwohnern auf ihre gellenden Hilferufe wurden die Individuen von weiteren Vergewaltigungsversuchen zurückgeschreckt, nachdem sie ihrem Opfer noch einige wuchtige Faustschläge ins Gesicht versetzt hatten.

1 Pfund Speck 1 Mk. — 1 Ei 6 Pfg.

Folgender geradezu unglaublich klingende Fall, der kürzlich durch das Arbeitersekretariat Minden dem preußischen Ministerium des Innern zur Untersuchung überwiesen wurde, dürfte interessant genug sein, um der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden:

Ein Rechnungsrat Schilling in Minden, der im aktiven Dienst der Regierung steht, hat 18 Morgen Land an neun Pächter verpachtet. Einer dieser Pächter, der Chausseewärter Brand, erhielt kürzlich von dem Herrn Rat ein Schreiben, in dem auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Pacht hingewiesen wurde, die auf folgende Weise bewerkstelligt werden sollte:

Die Pacht soll nicht mehr mit Geld, sondern mit **landwirtschaftlichen Erzeugnissen** bezahlt werden, und zwar unter Zugrundelegung von **Hühnereiern und Schweinespeck.** Als Pachtpreis bleibt der Satz bestehen wie vor dem Kriege, obgleich das für die Pächter sehr günstig ist, da ich die Pacht seit 30 und mehr Jahren nicht erhöht habe. Es würden dann andererseits die **Preise für Eier und Speck** ebenfalls berechnet werden, wie sie **vor dem Kriege üblich waren, also für ein frisches Hühnerei 6 Pf. und für ein Pfund geräucherten fetten Schweinespeck 1 M.** Das sind die höchsten Preise, die vor dem Kriege bezahlt wurden. Anstatt der Eier oder Speck könnte nach Uebereinkunft Schweinewurst oder Schweineschinken, ebenfalls geräucherte Ware oder auch Schweineschmalz bzw. Kuhbutter, ebenfalls zu Friedenspreisen berechnet, geliefert werden. — Alle diese Waren müßten in der Zeit vom 1. März bis 1. September jeden Jahres, also während 6 Monaten, in tadellos gutem Zustande und jedesmal ein Sechstel des zu liefernden Gesamtbetrages bis spätestens zum 15. jeden Monats an mich bzw. meine Frau abgeliefert werden. Die Lieferungen beginnen mit dem 15. März d. Js.

Dem Pächter wird für den Fall, daß er mit dieser Regelung nicht einverstanden sein sollte, mit der anderweitigen Verpachtung des Landes gedroht. Der Brief schließt:

Im laufenden Pachtjahr brauchen nur dreiviertel (! Die Red.) der Pacht in Lebensmitteln in der oben angegebenen Weise gezahlt werden, während der Rest des Pachtgeldes in Geld entrichtet wird. Vom 15. März 1921 ab muß jedoch die ganze Pacht in Lebensmitteln entrichtet werden.

Hochachtend

Schilling, Rechnungsrat.

Wenige Tage später erhielt der Chausseewärter Brand von dem Rechnungsrat folgendes Schreiben:

Da Sie bis jetzt das versprochene Angebot nicht gemacht haben, sehe ich mich leider gezwungen, Ihnen das von mir gepachtete Land zu kündigen. Sie haben also das Land am 1. Oktober 1920 an mich zurückzugeben.

Auch an die anderen acht Pächter wurden gleichlautende Schreiben verfaßt. Ein größerer Skandal dürfte selbst in agrarischen Kreisen wohl kaum vorgekommen sein. Wir fordern schleunige Beseitigung dieses Schädlings und Ueberweisung der Angelegenheit an den Staatsanwalt. Darüber hinaus aber beweist der Fall, daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, mit aller Energie dafür zu kämpfen, daß nach der politischen Gleichberechtigung auch die wirtschaftliche erfolge. Es ist ein unerhörter Zustand, daß ein Landeigentümer einem Landarbeiter gegenüber auf Grund seines Eigentums ein Uebergewicht erhält, das ihm derartig ungeheuerliche Uebergriffe erlaubt.

Endlich gekommene Einsicht.

In der letzten Nummer der Wochenschrift der Unabhängigen „Der Sozialist" spricht Rud. Breitscheid die Hoffnung aus, daß die kommenden Wahlen die Alleinherrschaft des Proletariats bringen könnten. Nach einer heftigen Kritik des neudeutschen Parlamentarismus schreibt Breitscheid:

„Wenn wir uns trotz alledem an den Wahlen beteiligen und mit ganzer Energie in die Vorbereitungen eintreten, so geschieht es nicht nur, weil wir die Agitation zur Belehrung der Massen und die Parlamentstribüne zu Angriffen gegen unsere Gegner benutzen wollen, sondern weil wir uns ernsthaft darum bemühen, den „reellen Machtverhältnissen" im Reichstag zum Ausdruck zu verhelfen. Kann sich der Sozialismus mit Hilfe des Parlamentarismus durchsetzen, so haben wir nicht nur nichts gegen diese Methode einzuwenden, sondern wir ziehen sie sogar vor, weil sie die am meisten ökonomische ist, d. h. am wenigsten Kraft und am wenigsten Opfer erfordert."

Ist das nicht eine Bestätigung der von uns stets betonten Notwendigkeit der gemeinsamen Kampffront aller Kopf- und Handarbeiter für die kommenden Wahlen?!

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 106 | Freitag, den 7. Mai 1920 | 11. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Bebel und die Frau.

Ein günstigeres Verhältnis bildet sich zwischen Mann und Frau im Proletariat heraus, insofern beide erkennen, daß sie an dem gleichen Strange ziehen und es für ihre menschenwürdige Zukunft nur ein Mittel gibt: die gründliche gesellschaftliche Umgestaltung, die alle zu freien Menschen macht. In dem Maße, wie diese Erkenntnis sich auch unter den Frauen des Proletariats immer mehr verbreitet, idealisiert sich, trotz Not und Elend, ihr Eheleben. Beide Teile haben jetzt ein gemeinsames Ziel, nach dem sie streben, und eine unversiegbare Quelle der Anregung durch den Meinungsaustausch, zu dem ihr gemeinsamer Kampf führt. Die Zahl der Proletarierfrauen, die zu dieser Erkenntnis kommt, wird mit jedem Jahre größer. Hier entwickelt sich eine Bewegung, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft der Menschheit ist.

Da alle die natürlichen, vorzugsweise der Frau schädlichen Zustände im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft begründet sind und mit der Dauer ihres Bestandes sich steigern, so erweist sich dieselbe als unfähig, diese Uebel zu heben und die Frau zu befreien. Es ist also hierzu eine andere gesellschaftliche Ordnung nötig.

Es muß ein Gesellschaftszustand zu begründen versucht werden, in dem die volle Gleichberechtigung aller ohne Unterschied des Geschlechtes zur Geltung kommt. Das ist durchführbar, sobald die gesamte Arbeit durch Anwendung aller technischen und wissenschaftlichen Vorteile und Hilfsmittel im Arbeitsprozeß den höchsten Grad der Fruchtbarkeit erlangt und für alle Arbeitsfähigen die Pflicht besteht, ein bestimmtes Maß von Arbeit zu leisten, das zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse notwendig ist, wofür die Gesellschaft wieder jedem einzelnen die Mittel zur Entwickelung seiner Fähigkeiten und zum Lebensgenuß gewährt. Die Frau soll wie der Mann nützliches und gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft werden, sie soll wie der Mann alle ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entwickeln können und, indem sie ihre Pflichten erfüllt auch ihre Rechte beanspruchen können. Dem Mann als Freie und Gleiche gegenüberstehend, ist sie vor unwürdigen Zumutungen gesichert. Die gegenwärtige Entwickelung der Gesellschaft drängt immer mehr auf solchen Zustand hin und es sind gerade die großen und schweren Uebel in unserer Entwickelung, die einen neuen Zustand herbeizuführen nötigen.

(Aus Bebels „Die Frau und der Sozialismus.")

Teuerungszuschlag für die städtischen Lehrkräfte.

Der Magistrat hat, wie er uns schreibt, an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, zuzustimmen, daß allen städtischen Oberlehrern und Lehrern eine Ausgleichzulage von 300 Mark bezw. den Oberlehrerinnen und Lehrerinnen von 150 Mark, als Restzahlung für das Haushaltsjahr 1919/20 nachträglich gewährt wird und daß der dazu erforderliche Betrag von etwa 170 000 Mark aus dem Bestande für besondere Bewilligungen entnommen wird. Durch Beschluß der städtischen Körperschaften vom 8. und 9. Juli 1919 ist den städtischen Beamten und Lehrern eine Abschlagszahlung von je 1000 Mark, den Lehrerinnen von je 500 Mark auf eine vom 1. April 1919 ab rückwirkende Gehaltsaufbesserung bewilligt worden. Die Gehälter der städtischen Beamten sind unterdessen aufgebessert worden, die der Lehrer noch nicht, da für diese die staatliche Besoldungsaufbesserung abgewartet werden sollte, die bisher noch nicht erfolgt ist. Da die Gesamtbezüge der Lehrer zu denen der Gehaltsklasse 7 (Sekretäre) und die der Oberlehrer im Verhältnis zu denen der Gehaltsklasse 12 im Jahre 1919/20 durchschnittlich um 800 Mark zurückgeblieben sind, so ist von ihnen eine Restzahlung von je 800 Mark beantragt worden, wodurch denn — auch nach ihrer Auffassung — alle geltendgemachten Ansprüche auf Zahlungen auf Grund des Beschlusses vom 8. Juli 1919 für das Haushaltsjahr 1919/20 erledigt wären. Für die Lehrerinnen wird eine Zahlung von 150 Mark vorgeschlagen. Durch den rechnerischen Vergleich mit den Gehaltsklassen 7 und 12 soll der Einordnung der Lehrer in eine neue Gruppe der Besoldungsordnung in keiner Weise vorgegriffen werden.

Kartell-Sammlungen für Streikende.

Für die Streikenden des Bau- und Holzgewerbes sind folgende Beiträge bis zum 5. Mai eingelaufen:

Transportarbeiter	5000,— Mk	
Metallarbeiter	4000,— „	
vom Kartell	4000,— „	
Buchdrucker	200,— „	
Sattler	100,— „	
Buchbinder	30,— „	13330,— Mk.
Auf Sammellisten:		
Sattler	78,50 Mk.	
Dachdecker	121,50 „	
Steinarbeiter	45,— „	
Töpfer	75,— „	
Tapezierer	146,— „	
Glasarbeiter	194,50 „	
Fabrikarbeiter	125,— „	
Buchbinder	110,— „	
Fleischer	173,— „	
Maschinisten und Heizer	180,50 „	
Gastwirtsgehilfen	100,— „	
Eisenbahner	575,50 „	
Tabakarbeiter	36,— „	
Böttcher	108,40 „	
Metallarbeiter	1882,55 „	
Schneider	336,— „	
Lithographen	55,— „	
Buchdrucker	957,50 „	
Steinsetzer	150,20 „	
Buchdruckhilfsarbeiter	108,— „	
Ohne Liste	72,— „	5895,15 Mk.
Insgesamt:		19225,15 Mk.

P. Kloßowski.

Der Kampf im Holzgewerbe geht weiter, da die Arbeitgeber kein Entgegenkommen in der Lohnfrage zeigen. Deshalb Kollegen! unterstützt die Holzarbeiter durch weitere Sammlungen, denn der Kampf wird auch für Euch geführt.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten. Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 175 ausgegeben.

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel bekanntgemacht, die am Sonnabend und im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen.

Aus den Gerichtssälen.

Eine Getreideschiebungssache vor dem Obergericht.

Der Waffenmeister Theophil Perschke in Danzig war im Freihafen in Neufahrwasser beschäftigt, aus dem Schiff für die amerikanische Mission Mehl in Güterwagen zu verladen. Er beschloß, gemeinsam mit dem Rangiermeister Franz Schielke in Neufahrwasser einen Güterwagen mit 326 Ztr. Mehl für sich zu verschieben. Perschke hatte eine Schiffsluke zu beaufsichtigen und so hatte man den Bock zum Gärtner gemacht. Am 11. September mittags sollte die Verschiebung vor sich gehen. Der Rangiermeister holte einen Güterwagen in den Freihafen, der hier beladen und plombiert wurde. Unbeaufsichtigt ließ er den Waggon herausschieben. Um nun den Waggon Mehl zu Geld zu machen, bediente man sich eines Vermittlers, des Schlossers Lenz, der das Mehl dem Spediteur Gollunski für 1,20 Mk. das Pfd. anbot. Gollunski stellte einen Frachtbrief von Neufahrwasser nach Danzig Olivaertor aus und unterschrieb ihn mit dem Namen Goldbluhm. Adressiert war das Mehl an Gollunski selbst. Gollunski hatte einen Kompagnon, dem er von diesem unerlaubten Geschäft nichts mitteilte. Der Inhalt des Waggons wurde auch nicht als Mehl, sondern als Gerbstoff bezeichnet. Am 16. September traf der Waggon auf dem Güterbahnhof Olivaertor ein. Das Mehl versuchte man nun ganz dreist dem Wirtschaftsausschuß der Eisenbahnbeamten auf der Direktion anzubieten und zwar für 2 Mark das Pfund. Dieser Kauf kam aber nicht zu Stande und inzwischen kam der Diebstahl heraus. Die Strafkammer hatte Perschke und Schielke zu je 1½ Jahren Gefängnis wegen Diebstahls und Lenz sowie Gollunski zu 6 und 9 Monaten Gefängnis wegen Hehlerei verurteilt. Die Verurteilten legten Berufung ein. Es wurde geltend gemacht, daß hier nicht Diebstahl, sondern Betrug vorliege. Bezüglich des Ankaufs wurde darauf hingewiesen, daß das Mehl ordnungsmäßig gehandelt wurde und auch der Wirtschaftsausschuß angenommen hatte, daß es sich hier um einwandfrei erworbenes Mehl handelte. Es wurde beantragt, die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückzuverweisen. Das Obergericht verwarf jedoch die Revision.

Nachklänge zum Kellnerstreik.

Am 19. April 1919 wurden in Langfuhr gelegentlich des Kellnerstreiks Ausschreitungen begangen, die jetzt vor dem Schöffengericht zur Verhandlung kamen. Angeklagt waren die Kellner Ziolkowski und Braeck, sowie der Büfettier Ackermann in Danzig. Die Angeklagten zogen mit etwa 40 Mann nach Langfuhr und revidierten die Lokale nach Streikbrechern. Etwa 20 bis 25 Personen gingen in die Lokale Zinglershöhe, Kaffee Hochschule und Sporthalle. Von den Wirten wurden sie aus dem Lokal gewiesen, doch dieser Aufforderung leisteten sie nicht Folge. Im Kaffee Hochschule trat der Wirt den Eindringlingen mit dem Revolver entgegen. Zur Schießerei kam es jedoch nicht. Der Wirt holte polizeiliche Hilfe herbei, die auch eingriff. Der Polizeiwachtmeister war von einem Bürgerwehrmann begleitet. Ziolkowski griff den Bürgerwehrmann an und entriß ihm das Gewehr und legte auf den Bürgerwehrmann an. Die Sache sah recht bedrohlich und auch für die Gäste gefährlich aus. Der Bürgerwehrmann wurde außerdem von Ackermann beleidigt. Das Gericht billigte den Angeklagten mildernde Umstände zu. Ziolkowski wurde wegen Hausfriedensbruch und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 500 Mark Geldstrafe, Ackermann wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Braeck wurde freigesprochen.

Das Gericht hat sich auf einen vernünftigen Standpunkt gestellt, und die Angeklagten nur zu Geldstrafen verurteilt. Um so unbegreiflicher ist das Verhalten des Gerichtes, das wegen desselben Deliktes kürzlich einige Angestellte zu Gefängnisstrafen verurteilte.

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

16) (Fortsetzung.)

Tut er anders, so zeigt er der Welt seine Hilflosigkeit und fordert die Welt selber auf, sie zu mißbrauchen. Und wenn er fragt, wird man ihm die Wahrheit sagen? Nein! Er hält die Welt so verstockt gegen ihn, als er gegen sie ist. Er fragt nicht. Er lauscht, wo er weiß, man sieht ihn nicht lauschen, fieberisch gespannt auf jeden Laut. Aus jedem hört er etwas heraus, was nicht drin ist: seine gespannte Phantasie baut Felsen daraus, die ihm die Brust zerdrücken, aber er fragt nicht. Er träumt von nichts, als von Dingen, die Schande bringen über ihn und sein Haus: er leert die ganze Rüstkammer der Entehrung und fühlt jede Schwach durch, die die Welt kennt. Was keine Schande ist, steigert sich in seinem krankhaft geschärften Ehrgefühl dazu, daß keine Ruhe wohltätig abstumpft, aber er trägt lieber, was die tiefste Schande ist, als daß er fragt. Er tut das Ungeheure in Gedanken, die drohende abzuwenden, aber er fragt nicht. Wie manches Tun zeigt ungeboren schon der Mutter Seele sein Bild vorher! Wird eine Zeit kommen, wo des alten Herrn Gedanke Wirklichkeit wird?

Die Natur der Schuld ist, daß sie nicht allein ihren Urheber in neue Schuld verstrickt. Sie hat eine Zaubergewalt, alle, die um ihn stehen, in ihren gärenden Kreis zu ziehen, und zu reifen in ihm, was schlimm ist, zu neuer Schuld. Wohl dem, der sich dieser Zauberkraft im unbefleckten Innern erwehrt. Wird er den Schuldigen selbst nicht retten, so kann er den übrigen ein Engel sein. Diese vier Menschen, in all ihrer Verschiedenheit in einen Lebensknoten geknüpft, den eine Schuld verfehrt! Welch Schicksal werden sie vereint sich spinnen, die Leute in dem Haus mit den grünen Laden?

5.

Nun waren schon Wochen vergangen seit Apollonius Zurückkunft, und noch hatte er die Furcht der Schwägerin nicht wahr gemacht. In den ersten Tagen las Fritz Rettenmair ein krampfhaftes Zusammennehmen, ein verzweifeltes Gefaßtmachen in ihrem Wesen; nun machte dies einem Etwas Platz, das wie Verwunderung erschien. Er sah, und nur er, wie sie immer mutiger den Bruder zu beobachten begann, wo er nicht ahnte, ihr Blick sei auf ihn gerichtet. Sie schien sein Wesen, sein Tun mit ihrer Erwartung zu vergleichen. Fritz Rettenmair fühlte in ihrer Seele, wie wenig beide sich glichen. Er mühte sich, den Widerwillen der jungen Frau zu seiner alten Stärke aufzustacheln. Er tat es, während er fühlte, wie vergeblich es war, denn ein einziger Blick auf das milde, rechtschaffene Antlitz des Bruders mußte niederreißen, was er mühsam in Zeit von Tagen aufgebaut. Er fühlte, wie fein er zu Werke gehen mußte, und wie plump er doch zu Werke ging; denn dieselbe Macht, die sein Gefühl für das Maß schärfte, riß ihn im Handeln darüber hinaus. Er wußte, was er begonnen, mußte seinen Gang vollenden zu seinem Verderben. Er suchte Vergessen, und riß seine Frau immer tiefer hinein in den Strudel der Zerstreuung.

Arzneimittel sollen, in übergroßer Gabe angewendet, das Gegenteil bewirken. So geschah es mit dem Mittel Fritz Rettenmairs: wenigstens bei der jungen Frau. Aus dem Alltag der häuslichen Arbeit hatte sie sich sonst nach dem Feste des Vergnügens gesehnt: nun dies der Alltag geworden, zog sie die Sehnsucht nach dem stillen Leben daheim. Uebersättigt von den Ehrenbezeugungen der bedeutenden Leute, bemerkte sie nun erst, es gab auch andere Leute, die ihren Gatten nach anderem Maßstabe maßen. Sie begann zu vergleichen, und die Bedeutenden verloren immer mehr gegen die Alltagsmenschen. Sie dachte an den ledernen Ball am Abend von Apollonius Ankunft. Damals war sie Apollonius ausgewichen; sie hatte Beleidigung von ihm erwartet. Jetzt suchte sie mit den Augen durch den Saal; niemand sah es, als Fritz Rettenmair, der es am wenigsten zu sehen schien. Denn er lachte und trank wilder und jovialer, als je. Sie hatte nur das Gefühl der Langenweile, das nach Abwechselung aussieht; sie wußte nicht, daß sie jemand suchte. Fritz Rettenmair wußte es und wollte vor Lachen ersticken. Er wußte mehr, als sie: er wußte, wen sie suchte. Gegen alle andere Welt jovial, tat er gegen sie den blauen Rock an.

Er wird sie bald dahin bringen, den jetzt Gefürchteten mit ihm zu vergleichen.

Sie saß im Garten, während der alte Herr seine längeren Mittagsträume träumte. Fritz Rettenmair lag in der Stube auf dem Sofa und trug die Nachwehen einer durchschwärmten Nacht. Vorher hatte er noch dem Turmdache gesehen. Sie fühlte sich so eigen wohl daheim. Und sollte sie nicht? Spielen nicht ihre Kinder um sie? Sie dachte nicht daran, wie oft sie sich von den Kindern fortgesehnt in den Wirbel, der sie nicht mehr lockte. Sie nähte. Die Knaben spielten zu ihren Füßen, so still, als wäre der alte Herr zugegen. Doch nicht so: war der alte Herr im Gärtchen, sie hätten sich gar nicht hinein getraut. Das Mädchen hatte die Mutter umschlungen, die selber, in der Unberührtheit ihres Wesens, noch ein Mädchen schien. Wenig mehr von der Aehnlichkeit mit ihrem Gatten lag in ihren Zügen. Sie war nur eine äußerliche gewesen, nur Aeußerliches schien die heiteren Linien berührt zu haben: kein tiefinneres Erlebnis hatte seine Marke ihnen aufgeprägt.

Das kleine Mädchen hatte dem erwachsenen, seiner Mutter, von Puppen, Blumen, Kindern, und in seiner Weise manches zweimal, manches nur halb erzählt. Jetzt erhob sie mit einiger Ernsthaftigkeit das Köpfchen, sah die Mutter bedenklich an und sagte: „Was das nur ist?"

„Was?" fragte die Mutter.

„Wenn du dagewesen bist und fortgehst, sieht er dir so traurig nach."

„Wer?" fragte die Mutter.

„Nun, der Onkel Apollonius. Wer sonst? Hast du ihn gescholten? oder geschlagen, wie mich, wenn ich Zucker nehme und nicht frage? Du hast ihm doch gewiß etwas getan; sonst wäre er nicht so betrübt."

Das Mädchen plauderte weiter und vergaß den Onkel bald über einen Schmetterling. Die Mutter nicht. Die Mutter hörte nicht mehr, was das Mädchen plauderte. Was war doch das für ein eigenes Erfühl, wohl und weh zugleich! Sie hatte die Nadel fallen lassen, und merkte es nicht. War sie erschrocken? Es war ihr als wäre sie erschrocken, etwa so, wie man erschrickt, wenn man mit einem Menschen geredet und wird plötzlich inne, es ist ein anderer, als mit dem man zu reden meinte. Sie hatte gemeint, Apollonius wollte sie beleidigen, und nun sagt das Kind: du hast ihn beleidigt. Sie blickte auf und sah Apollonius vom Schuppen her nach dem Hause kommen. In demselben Augenblicke stand ein anderer Mann zwischen ihr und dem Vorübergehenden, als wäre er aus der Erde gewachsen. Es war Fritz Rettenmair. Sie hatte ihn nicht nahen gehört.

Er kam in seltener Hast von einer gleichgültigen Frage auf den „ledernen Ball". Er erzählte, was die Leute darüber meinten, wie jedermann sich beleidigt fühle von der Beschimpfung, daß Apollonius sie damals nicht aufgezogen, nicht einmal zum ersten Tanze. Eigen war es, wie sie jetzt daran erinnert wurde, empfand sie es stärker, als je; aber nicht zürnend, nur wie mit wehmütigem Schmerze. Sie sagte das nicht. Es war nicht nötig. Fritz Rettenmair war wie ein Mensch im magnetischen Schlaf. Er brauchte sie nicht anzusehen; mit geschlossenen Augen, von einem Baumblatt, einer Zaunlatte, von einer weißen Wand las er ab, was sein Weib fühlte.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Volkstags-Wahlkampf.

Die Wahlparole am 16. Mai 1920 lautet: „Dr. Zint, Gehl, Grünhagen, Brill“!

Die Beamten und die Volkstagswahlen.

In einer stark besuchten Versammlung, die von der Sozialdemokratischen Partei einberufen war, nahm die Danziger Beamtenschaft zu den kommenden Volkstagswahlen Stellung. Das einleitende Referat hielt Genosse Dr. Zint [illegible]. Er führte [illegible] aus, [illegible] die gerade die Beamtenschaft [illegible] freiheitlichen Verfassung hätte und kam dann auf [illegible] zu sprechen. Er widerlegte die Ausführungen des Führers der [illegible] der A. M. B. des [illegible], daß die freie Stadt Danzig [illegible] nur zu „patriotisch“ hätte. Nach dem Friedensvertrage [illegible] Danzig und Polen [illegible] Staaten und der [illegible] falls zwischen Danzig und Polen [illegible]. Genosse Zint kam zum Schluß [illegible] den Freistaat zu [illegible] Kraft an dieser die [illegible] Staates.

Gen. Kaufmann erläuterte die Forderungen der sozialdemokratischen Beamtenschaft und legte am Schluß eine Entschließung in folgende Forderungen zusammen:

Das Diensteinkommen der Beamten soll der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und Lebenshaltung der Volksgesamtheit sowie der Höhe des Einkommens entsprechen, das Angehörige freier Berufe für gleichartige Tätigkeit beziehen.

Die Festsetzung des Diensteinkommens für die einzelnen Beamtenklassen erfolgt für alle Verwaltungen nach einheitlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der praktischen und wissenschaftlichen Anforderungen, die an die Ausübung des Amtes gestellt werden.

Auf die Gewährung der Dienstaltersstufen haben die Beamten einen Rechtsanspruch.

Jedem Beamten steht bei nachgewiesener Befähigung und erprobter Berufsbewährung ohne Rücksicht auf die Art seiner Vorbildung der Aufstieg in höhere Stellen nach Maßgabe der noch zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen frei. Bei dem Aufrücken in Beförderungsstellen ist für die Einreihung in die neue Besoldungsgruppe das Besoldungsalter der ersten planmäßigen Anstellung zugrunde zu legen.

Weibliche Beamte sind bei Erfüllung der gleichen Anforderungen und Leistungen den männlichen Beamten gleichzustellen.

Die Beamten müssen besondere Beamtenvertretungen erhalten. In den Angelegenheiten des innern Dienstes und in persönlichen Angelegenheiten der Beamten (Geschäftsverteilung, Dienststunden, Ausbildung, Versetzung, Beförderung, Beurlaubung, Bestrafung usw.) steht dem Beamtenausschuß das Mitbestimmungsrecht zu.

Dem Beamten ist Einsicht in seine Personalnachweise zu gewähren.

Der Uebertritt nach dem Deutschen Reich muß den in den Dienst der Freistadt Danzig tretenden Beamten in 2 bis 3 Jahren gewährleistet werden.

Oberstadtsekretär Genosse Schulz ging auf die Entwickelung des Beamten als Staatsdiener unter dem absoluten Königtum zum heutigen Berufsbeamtentum ein und legte die Wirkung des Ueberganges der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft auf die Beamten dar. Dann wies er auf die bisherige strenge Scheidung zwischen unterem, mittlerem und höherem Beamtentum hin. Der Assessorismus schneide den befähigten Beamten das Aufrücken in höhere Stellen ab. Gefordert wird ein freies Beamtenrecht an Stelle des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852.

Alle drei Redner, die zur lebhaften Agitation für die Sozialdemokratische Partei aufforderten, schlossen unter lebhaftem Beifall der Versammlung.

Der deutschnationale Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Ziehm freute sich über die uns ganz selbstverständliche Tatsache, daß auch Gegner zu Worte kommen und führte unter lebhaftem Widerspruch aus, daß die Beamten 1914 [illegible] gelebt hätten (Zwischenruf: Bei 70 Mark Monatsgehalt!), daß es jedem möglich gewesen sei, empor zu kommen und daß die Beamtenschaft sich nur wohl fühle in einem Staatswesen, das von einem starken Arm regiert wird.

Der [illegible] bekannte Stadtverordnete Fuhlbrügge (F. W. P.) erklärte, daß die freie Wirtschaft, der sich ein neues Programm geben würde. Interessant war das Eingeständnis, daß die sonst so wirtschaftliche F. W. P. [illegible] politisch sei. Auf seine Behauptung, daß für Danzig [illegible] nicht in Frage komme, gab Genosse Dr. Zint die gebührende Antwort.

Im Schlußwort ging Gen. Dr. Zint des näheren auf die Ausführungen der Gegner ein, widerlegte sie treffend und schloß unter lebhaftem Beifall.

Beamte, Beamtinnen und Angehörige ziehen aus dieser eindrucksvollen Kundgebung die Schlußfolgerung: Wenn ein neuer freiheitlicher Geist in die Freistadt Danzig und damit auch in die Verwaltungen einziehen soll, **dann wählt am 16. Mai die Liste Dr. Zint.**

Die „unabhängige“ Wahlparole

steht den Verhältnissen und der politischen Lage Danzigs genau so hilflos gegenüber wie die Unfähigkeit und Unlust aller der unabhängigen Vertreter bei der Schaffung der neuen Verfassung im Verfassungsausschuß. **Immer müssen die proletarischen Wähler Danzigs sich der geradezu ungeheuerlichen Tatsache bewußt bleiben, daß die Anerkennung der Organisationen der Arbeiter und Angestellten bloß deshalb nicht in die Verfassung hineingekommen ist, weil die unabhängigen Vertreter Rau und Frau Käte Leu im höchsten Maße pflichtvergessen nicht einmal an der entscheidenden Sitzung teilgenommen haben.** Sie ließen sich im Schutz der Arbeiterinteressen [illegible] durch bürgerliche Vertreter beschämen. Was nutzen alle alle Versprechungen einer Partei, die solche pflichtvergessene Abgeordnete in den Volkstag senden will. Der Wahlaufruf der Unabhängigen, den das „Freie Volk“ endlich doch am 27. April abdruckte, ist aber dagegen nichts als eine Sammlung billiger inhaltleerer Phrasen. Die meiste Mühe gibt man sich darin, den lieben Wählern klar zu machen, daß die sonst so beliebte „proletarische“ [illegible] „Weltrevolution“ und die „Diktatur“ gar nichts mit [illegible] usw. zu tun haben. **Dabei verheimlicht man aber ganz absichtlich, daß das sogenannte unabhängige „Programm für den Freistaat Danzig“ noch heute zur Veranstaltung organisierter Gewalttätigkeiten verpflichtet!** Der unabhängige Parteisekretär Rau erklärte denn auch am 18. April gegen den Genossen Gehl, daß die „Unabhängigen“ beim Weltstreben der Revolution bleiben. Was sie darunter verstehen, hat zuletzt der 13. Januar in Berlin mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Herr Rau hat auch auf dem unabhängigen Parteitage am 11. April das sozialdemokratische Erfurter Programm für völlig überholt erklärt. Das Festhalten der Sozialdemokratie daran nannte er „alten Zopf“ und [illegible], daß das Erfurter Programm heute schon in seinen wesentlichen Forderungen erfüllt worden sei, so daß das weitere Festhalten daran deshalb „nur noch einen kulturhindernden Stillstand und vielleicht einen Rückschritt bedeutet.“ Wie dieses nützliche Geständnis sich jedoch mit dem ständigen Gerede derselben Unabhängigen von der steigenden Reaktion verträgt, dürften allerdings die Herren Unabhängigen selber nicht wissen.

Unter den [illegible] Forderungen [illegible] Wahlprogramm [illegible] Uebertragung [illegible] (in Danzig!) vermißten. Die Sozialisierung der Banken fehlt aber [illegible] gänzlich. [illegible] der Sozialisierung der Bergwerke und der Eisen- und Hüttenwerke [illegible] aufzugeben [illegible] erklärt man [illegible] Demokratie den [illegible] eine Hauptforderung [illegible] jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin zu denken geben. Denn die bürgerlichen Demokraten fordern in ihrem Wahlprogramm die friedliche Revision des Versailler Vergewaltigungsvertrages. Dieses allein [illegible] das unabhängige Programm [illegible] jedoch die Heiligsprechung des Versailler Friedensvertrages. Der unabhängige [illegible] „Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Pflichten“. Die russischen Bolschewisten, die Lenin und Trotzki, haben den Unabhängigen oft gesagt, **daß sie mit ihrem Kotau vor den Versailler Diktatoren der Entente bloß die blutbefleckten Stiefel der Entente-Generale lecken!** [illegible] **Hinter der Unantastbarkeit von Versailles versteckt sich jedoch das — — Rätsel der — Polenpolitik der Danziger Unabhängigen!** Sie lecken die Stiefel der neugeschaffenen polnischen Generale und imperialistischen Machthaber mit nicht geringerem Eifer als die der großen Entente-Götter! In der [illegible] versammlung am 21. April erklärte sogar der unabhängige Führer Genke,

„daß Polen sich heute zweifellos von Revanchegelüsten und kapitalistischen Interessen leiten lasse“.

Für den Danziger Unabhängigen [illegible] aber nicht die dadurch verschuldete große Not Danzigs und seiner Bewohner. Sie haben nur bedauernswerte Verteidigung auch für das größte Unrecht, das Polens neue Machthaber sich gegen Danzig und Deutschland herausnehmen. Deshalb fordern sie auch die ungemilderte Aufrechterhaltung der in Versailles [illegible] Trennung Danzigs und Deutschlands!

Eine besonders unerhörte [illegible] der Sozialdemokratie, die [illegible] das Paradestück der unabhängigen Wahlagitation werden soll, wurde in dem Danziger [illegible] Wahl-Referat des Herrn Rau die größte Rolle [illegible] habe [illegible] die Sozialdemokratie ihre Pflicht verraten und die [illegible] in der Koalitionsregierung durch indirekte Steuern [illegible] zu haben. **Das tat und tut ständig derselbe Herr, der in der gleichen Rede die freiheitlichen demokratischen Ziele des Erfurter Programms für überlebt erklärte, um die brutale politische Vergewaltigung als Diktatur empfehlen zu können!**

[illegible] **Weil die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft Treue hielt** und in der Regierung blieb, um dem Proletariat politisch [illegible] nützen, deshalb wird sie jetzt von der hilflosen Demagogie der Danziger Unabhängigen sogar des Steuerbetruges der Armen beschuldigt. **Welche Steuern hätten erst die deutschen Arbeiter bezahlt, wenn die Sozialdemokratie gleich den Unabhängigen feige die Fahnenflucht aus der Revolutionsregierung ergriffen, und die Steuerfabrikation den Bürgerlichen allein überlassen hätte?** Was wäre aber für die Arbeiter dabei herausgekommen, wenn [illegible] Unabhängigen [illegible] der Kriegsgewinnler und Schiebermillionäre, während [illegible] Steuern hätten allein machen können? Die Sozialdemokratie hat sich am allerwenigsten ihrer Steuerpolitik zu schämen. Unter dem Druck der furchtbar harten [illegible] Entente [illegible] mußten Milliarden neuer Steuern aufgebracht werden. Es war bei dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands unter solchen Umständen gar nicht möglich eine Steuerpolitik früherer Art zu treiben. **Aus der Erpressung der Entente, die dem armen Deutschland ständig die harte Faust des Siegers an der Gurgel hielt, macht unabhängiger Volksbetrug jetzt aber noch den Arbeiterverrat der Sozialdemokratie!! Tatsächlich hat Deutschland jetzt aber, gerade durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie, die sozialistischste Steuergesetzgebung der Welt! Nirgends in der Welt sind, was die Wahrheitsliebe des maßlos „arbeiterfeindlichen“ Herrn Rau kraß berichtigt, die großen Vermögen und das reiche Erbe so hoch besteuert wie jetzt in Deutschland.** Als leider unvermeidliches Uebel konnte bei der durch die Wahlen [illegible] politischen Machtverteilung und der wirtschaftlichen [illegible] Deutschlands auch auf indirekte Steuern nicht verzichtet werden. **Um hier gründlich zu helfen, dazu gehört in erster Linie die Revision des Versailler Schandvertrages und eine Stärkung der Sozialdemokratie, die ihren Einfluß wirklich bestimmend macht! Beides aber wollen die „Unabhängigen“ nicht, deren Minister in der Revolutionsregierung auch dafür gesorgt haben, daß sogar das Riesenvermögen der Hohenzollern als Privateigentum dem Zugriff des Staates entzogen wurde!!!**

Wie die Unabhängigen die Arbeiter betrügen, zeigt auch ihre andere Wahlagitation. **Vor allem kein Wort gegen den brutalen Druck der Entente auf Deutschland! Kein einziges Wort gegen die barbarische Unmenschlichkeit, daß Deutschland den Entente-Siegern sogar mehrere hunderttausend Milchkühe und damit die Lebensachtung und das Leben seiner Säuglinge und Mütter ausliefern mußte!** Kein einziges Wort haben die Unabhängigen gegen die für Deutschlands Ernährung ebenfalls so schädliche Auslieferung der vielen Pflüge, landwirtschaftlichen Maschinen, Eisenbahnwagen usw. Obwohl sie gegen diese schändliche Aushungerung Deutschlands und damit auch Danzigs auch nicht einmal ein Wort des Protestes gegen die [illegible] Entente-Diktatur finden [illegible] haben wolle, müsse am 16. Mai in Danzig die unabhängigen Kandidaten wählen! Auch wir wissen, daß Deutschlands Teuerung und ihre Bundesbrüder im Freistaat [illegible] das [illegible] Verständnis für die [illegible] Not der Armen in unserem Volke [illegible]! **Und wir** sind die letzten, die ihrer Teuerung nicht rücksichtslos entgegentreten! Aber, wer ehrlich unser Volk vor Aushungerung und Ausplünderung schützen will, der soll alle Schuldigen auch die Entente-Diktatoren anprangern. Wie helfen aber die Unabhängigen erst die Nahrungsmittel des Volkes [illegible] **Danzigs Ernährung unterstützt jetzt dem Parteifreunde des Herrn Rau, dem unabhängigen Stadtrat Raube! Wo ist aber unter seiner Herrschaft unser Brot billiger oder auch nur besser geworden?! Wo haben wir von Herrn Stadtrat Raube auch nur Vorschläge zur Verbesserung und Verbilligung des** [illegible] **Danziger Brotes gehört? Danach werden die Danziger Wählerinnen und Wähler sich richten,** wenn sie prüfen, wie weit die Worte der Unabhängigen sich mit ihren Taten decken.

Ueberaus bemerkenswert ist noch die unabhängige Kandidatenliste, die mit „Rau, Rahn, Hohmann“ beginnt. Unter den 70 Namen fehlt vor allem Frau Käte Leu. Man hat es ihr gar zu sehr verdacht, daß sie in der „Danz. Ztg.“ zur „Liebesarbeit für [illegible]“ [illegible]. Und [illegible] daß die „Volksstimme“ [illegible] Schmähungen gegen den Genossen [illegible] nicht gebilligt. Deshalb mußte auch Herr [illegible] über die Klinge springen. Die Würdigung der [illegible] Wähler besorgt die unabhängige Liste so, daß sie an [illegible] Stelle nur eine einzige Kandidatin, eine gänzlich unbekannte Frau [illegible] [illegible] teilt sie dieses Schicksal [illegible] ihrer männlichen Kollegen.

Oeffentliche Wählerversammlungen.

Freitag, den 7. Mai:

Niederstadt bei Akanitzki, Gr. Schwalbengasse abds. 7 Uhr. Redner: Dr. Bing.

In der Aula der Petrischule, am Hansaplatz abends 7 Uhr, öffentliche Frauenversammlung. Redner: G. Leu

Parteigenossen und -genossinnen, sorgt für guten Besuch der Wählerversammlungen.

Parteinachrichten.

Otto Wels verunglückt.

Unser Parteivorsitzender Genosse Otto Wels erlitt durch einen unglücklichen Sturz beim Turnen einen schweren Unfall. Seine Verletzung am Kniegelenk machte seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig. Ob er am Wahlkampf noch aktiv teilzunehmen in der Lage sein wird, ist zweifelhaft. Sein zeitweiliges Ausscheiden ist gerade in der gegenwärtigen Zeit für die Partei ein besonders schwerer Schlag.

Keine Stimmung für die dritte Internationale in der Tschecho-Slowakei.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Prag bekennen sich von den im ersten Wahlkampf gewählten 109 sozialistischen Abgeordneten nur 15 zur dritten Internationale. Mehr als 80 Prozent der Truppen haben sozialdemokratisch gestimmt.

Aus aller Welt.

Diebstahl an einem ukrainischen Kurier.

Am 2. Mai nachmittag wurde in Berlin der ukrainische [illegible] Granowsky verhaftet, der in Wien dem ukrainischen diplomatischen Kurier in Griechenland [illegible] in der Sonntagnacht einige Pakete mit Geldscheinen verschiedener Länder im Werte von mehreren [illegible] Kronen entwendet hat. Bei dem Verhafteten wurden Banknoten verschiedener Länder im Werte von mehreren hundert [illegible] gefunden. Trotzdem bestreitet Granowsky, den Diebstahl [illegible] zu haben. Er war auch im Besitz eines Ausweises als ukrainischer Kurier in Griechenland, behauptet aber, kein Kurier, sondern nur Arzt und Politiker zu sein. Den Ausweis habe er sich ausstellen lassen, um bei seinen Reisen, die er zu politischen Zwecken unternommen habe, leichter durchkommen zu können.

Raubüberfall auf der Treppe.

Einem dreisten Raubüberfall ist am 10. Januar in Charlottenburg die [illegible] eines [illegible] geschäftes in der Wilmersdorfer Straße 128, Frau Bertha Neumann, zum Opfer gefallen. Die Frau hatte abends den Inhalt ihrer Ladenkasse, 9100 Mark, in Zeitungspapier eingewickelt und wollte das Paket mit nach Hause nehmen. Als sie das Treppenhaus betrat, trat ihr ein Mann entgegen, schlug auf sie ein und suchte ihr das Paket mit dem Gelde zu entreißen. Die Frau wehrte sich und es kam zu einem erbitterten Ringen, in dessen Verlauf der Angreifer der Frau die Geldtasche entriß. Der Räuber suchte dann das Weite, wurde aber durch verschiedene Personen, die auf die Hilferufe der Frau herbeigeeilt waren, in der Schillerstraße festgenommen. Er wurde als der Arbeiter Paul Hiller festgestellt. Hiller hatte sich am 29. April vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts III zu verantworten. Er behauptete, daß er aus Not gehandelt habe. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und rechnete drei Monate Untersuchungshaft an.

205 000 Mark beschlagnahmt.

Ein Geldschmuggler wurde am 24. April auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin von Beamten des Dezernats zur Verhinderung der Kapitalflucht in dem Augenblick festgenommen, als er mit einer großen Geldsumme den Düsseldorfer Zug besteigen wollte. Der Verhaftete, ein Kaufmann Salomon Birnbaum aus Düsseldorf, war der Kriminalpolizei schon seit längerer Zeit als gewerbsmäßiger Geldschmuggler bekannt, jedoch nicht zu fassen, weil er sich stets nur wenige Stunden in Berlin aufhielt. Diese benutzte er dazu, bei den verschiedenen Aufkaufstellen das für ihn gesammelte Geld, rotgestempelte Eintausendmarkscheine, in Empfang zu nehmen und damit sofort wieder nach Düsseldorf zurückzufahren. Von dort brachte er das Geld dann über die Grenze. Als er festgenommen worden war und eine Leibesuntersuchung vorgenommen wurde, fand man in einem Bruchband eingenäht 205 Eintausendmarkscheine. Birnbaum hatte sich den Gegenwert von einer Amsterdamer Firma auf eine hiesige Bank überweisen lassen. Das Geld wurde beschlagnahmt.

Römische Papstvillen als Ballsäle.

Große Empörung ruft es nach dem „B. T.“ bei allen Freunden der römischen Geschichte und Kunst hervor, daß die herrliche Villa Aldobrandini in Rom verkauft und in ein Tingeltangel verwandelt werden soll. Kein Romfahrer hat je die Via Nazionale durchschritten, ohne mit Bewunderung zu den „hängenden Gärten“ der Villa Aldobrandini aufzublicken, die sich unweit des Nero-Turmes und schräg über dem Quirinal erheben und mit ihren Pinien, Steineichen, Palmen, Zypressen das Auge berücken. In diesem Parke erging sich seinerzeit die schönste Papst-Egeria Donna Olympia Pamfili, von der Pasquino witzelte: „Magis amat Papa Olympiam quam Olympum ...“ Wie man heute liest, soll die von Clemens VIII. erbaute Villa von einer lombardischen Gesellschaft in ein „Tabarin“ umgeformt werden, wobei der hochragende Wunderpark teilweise abgetragen werden dürfte. Das Tingeltangel „Donna Olympia“ oder „Aldobrandini“ wird dann ein erbauliches Seitenstück bilden zu dem bereits bestehenden „Bal Tabarin“ in Via Nazionale, das zum Palais der Rospigliosi, auch einer Papstfamilie (Clemens X.) gehört. So tanzt alles Schöne vorüber.

Danziger Nachrichten.

Frühling.

An ihren bunten Liedern klettert
die Lerche selig in die Luft:
ein Jubelchor von Sängern schmettert
im Walde, voller Blüt' und Duft.

Da sind, so weit die Blicke gleiten,
Altäre festlich aufgebaut,
und all die tausend Herzen läuten,
zur Liebesfeier dringend laut.

Der Lenz hat Rosen angezündet
an Leuchtern von Smaragd im Dom,
und jede Seele schwillt und mündet
hinüber in den Opferstrom.

Lenau.

Danzig behält den Sobbowitzer Wald.

In der gestrigen Sitzung des Danziger Staatsrates wurde die Mitteilung gemacht, daß der Sobbowitzer Wald in seinem ganzen Umfang an den Freistaat fallen soll. Ueber die Frage der Angliederung der Gemeinden, die zum Danziger Deichverbande gehören, an den Freistaat, soll ein neutraler Sachverständiger vernommen werden.

Ferner wurden einige Verordnungen zur Regelung der Steuergesetzgebung angenommen, insbesondere über Aufhebung der aus Eingemeindungen sich ergebenden Vorrechte. Für die Fortführung der sozialen Kriegsfürsorge der Hauptfürsorgestelle Westpreußen, die in ihrer bisherigen Gestalt fortbestehen soll, wurden vorbehaltlich der endgültigen Auseinandersetzung mit dem Reich vorschußweise Mittel bereitgestellt mit der Maßgabe, daß diese Mittel nur Danziger Staatsangehörigen zugute kommen dürften.

Der Sobbowitzer Wald, der etwa 850 Hektar umfaßt, bedeutet für unsern so waldarmen Freistaat einen großen Gewinn. Der Wald war durch den Friedensvertrag von Versailles etwa in der Mitte durchschnitten. Dabei war das Dorf Sobbowitz, das auf allen Seiten von dem Walde umgeben ist, von seiner Eisenbahnstation an der Linie Hohenstein—Berent abgetrennt worden. Dieser unhaltbare Zustand ist nun durch die Entschließung der Grenzkommission zugunsten des Freistaates geändert.

Die schweren Mängel der rein willkürlich gegriffenen Abgrenzung Danzigs durch die Diktatoren des Versailler Gewaltvertrages wird durch die Zuteilung des Sobbowitzer Waldes nach Danzig besonders nachdrücklich unterstrichen. Die Notwendigkeit dieser Zuteilung, die der von dem französischen General Dupont geleiteten Grenzkommission gewiß nicht leicht geworden ist, beweist, wie unbedingt geboten die von uns ständig geforderte Festlegung der Grenzen des Freistaates ist. Dazu gehört auch, wir können es gar nicht häufig genug wiederholen, die Zuweisung des ganzen Oliva-Zoppoter Waldgebiets an Danzig und ferner die Angliederung der Halbinsel Hela wie der Stadt Dirschau und Umgegend nach Danzig. Diese Mindestforderungen verlangen unbedingt Berücksichtigung. Dazu aber gehört auch, daß der gewaltsame Abschluß Danzigs von der Welt durch die polnische dem Versailler Vertrage geradezu hohnsprechende Schikanierung des Reiseverkehrs ein schleuniges Ende bereitet wird. Die Beseitigung dieser Abtrennung Danzigs von der Welt und allen wirtschaftlichen Lebensquellen sollte die vornehmste und dringendste Arbeit der Grenzkommission sein.

Das Schicksal des Dr. Wagner

wird immer unklarer. Seit Mitte März befindet Dr. Wagner sich schon in der Gewalt der polnischen Militärbehörden. Bekanntlich wurde er in Lusin aus dem Zuge heraus verhaftet. Dann hieß es, daß das polnische Kriegsgericht in Thorn seine Freilassung angeordnet habe. Tatsächlich hat Dr. W. nie vor diesem Gericht gestanden. Er ist ständig in völliger Ungewißheit über sein Schicksal zweifellos widerrechtlich in Neustadt festgehalten worden. Selbst seine junge Frau konnte trotz aller Mühe nicht ermitteln, was Dr. W. bevorsteht. Auf ihre Veranlassung hat Oberkommissar Tower eingegriffen. Auf seine Aufforderung hat nun der polnische Untersuchungsrichter in Neustadt dem polnischen Oberkommissariat in Danzig erklärt:

„Dr. Wagner steht im Verdacht der Spionage, er wurde am Montag von hier (Neustadt) nach Karthaus und von dort nach Pr.-Stargard überführt. Von einer Haftentlassung ist hier nichts bekannt. Der hiesige zuständige Untersuchungsrichter hat die Haftentlassung nicht angeordnet. Es scheint ein anderer Wagner zu sein."

Auch hiernach bleibt das Schicksal dieses Danziger Staatsbürgers, der kein Sozialdemokrat ist, wie wir immer wieder betonen müssen, völlig ungewiß. Gibt es denn für die Danziger Freistaat-Herrlichkeit, die doch unter dem Schutze der so gewaltigen Entente und ihres Völkerbundes steht, wirklich nur die Vogelfreiheit der Danziger Staatsbürger?!

Neue Regelung des Postverkehrs.

Die Bestimmung, daß die deutschen Ein- und Ausfuhrverbote auf alle durch den Friedensvertrag aus dem Deutschen Reich ausgeschiedenen Gebiete Anwendung zu finden haben, tritt von jetzt an auch für den Postverkehr mit dem Freistaate Danzig und dem Memelgebiet in Kraft.

Infolgedessen müssen die Pakete künftig von einem statistischen Anmeldeschein, von einer Zollinhaltserklärung in deutscher Sprache und einer Ausfuhrerklärung begleitet sein. Zu den Paketkarten sind die Vordrucke für den Auslandsverkehr zu verwenden. Postpakete aus den genannten Gebieten werden den zuständigen Zollstellen zur Verzollung und Prüfung der Einfuhrfähigkeit zugeführt.

Vortragsabend.

Karl Lange, der Schriftleiter der Ostdeutschen Monatshefte, las am Mittwoch in der Aula des Conradinums aus eigenen Werken vor größerer Zuhörerschaft vor. Umrahmt von Gedichten und Skizzen über Meer und Heimat, Volk und Vaterland stand im Mittelpunkt des Abends eine große Dichtung: „Der Schiffbrüchige", die demnächst im Druck erscheint. Lange ist in seinem Schaffen eng mit der Natur verbunden, der er mit einem Gefühl scheuer Ehrfurcht gegenübersteht, um sich ihr doch mit der ganzen Liebe eines reifen Menschen gefangen zu geben. Langes starker Glaube an das deutsche Volk, das nicht untergehen kann, teilte sich den Zuhörern mit und ließ den Abend zum innern Erleben werden. „Der Schiffbrüchige" behandelt das Problem des freiwilligen Todes eines Suchenden und Strebenden, dessen Wollen dem Können nicht standhielt. In den Werken des Toten findet der Dichter Verwandtes, woraus geistige Freundschaft entsteht, die ihn zur Schwester des Toten führt, die dieser über alles liebte. Es werden in der Dichtung die Folgen des Todes, der Edles und Großes wirkt, gezeigt. Mutig tritt der Dichter für die ein, die im Leben mangels genügender physischer Kräfte trotz tiefer Veranlagung nicht die Erfüllung finden. Mit packender Gestaltungskraft und tiefem Empfinden für die feinsten Seelenregungen seines Helden hält er vertrauliche Zwiesprache mit ihm in klangschönen Worten.

Elli Ehrens sang Lieder zu Texten Langes, vertont von Kurt Adami, der in schöner Harmonie die Worte des Dichters in Tönen nachempfunden hat. Den Wunsch Carl Langes, den er an den Schluß seines Eröffnungs-Prologes der „Kunst" gesetzt hatte: „O, mögen Funken zu euch überspringen" konnte er jetzt reichlich erfüllt sehen.

Entente-Kriegsschiffe im Hafen. Gestern vormittag sind der französische Torpedobootszerstörer „Dehorter" und der englische Torpedobootszerstörer „Sesame" in den Hafen eingelaufen.

Oertliche Parteinachrichten.

Achtung! Vertrauensleute von Ohra!

Heute abend 7 Uhr findet im Lokale „Zur Ostbahn" eine wichtige Vertrauensmännersitzung statt. Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Die öffentliche Wählerversammlung in Brösen,

die gestern stattfand, war nicht stark besucht. Genosse Stadtrat Nagrotzki sprach über die „Volkstagswahl und Sozialdemokratie". Seine einstündigen Ausführungen fanden ungeteilte Zustimmung der Teilnehmer. Die Mitglieder unserer Partei blieben nach Schluß der Versammlung noch zusammen, um über die technische Durchführung der Wahl zu beraten.

Oliva. Sonnabend, den 8. Mai, 7 Uhr abends, findet im Vereinshaus eine öffentliche Wählerversammlung statt. Ueber das Thema: „Was steht bei den bevorstehenden Wahlen auf dem Spiel?" spricht Dr. Hans Bing Danzig. Niemand sollte dieser wichtigen Versammlung fernbleiben.

Polizeibericht vom 7. Mai 1920. Verhaftet: 20 Personen, darunter: 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Betruges, 1 wegen Unterschlagung, 3 wegen Verdunkelungsgefahr und 13 in Polizeihaft. — **Gefunden:** Geld, 2 Lebensmittelkarten und 1 Zettel, 1 Holzlöffel, 1 Quittungskarte für Elisabeth Ehling, 1 Portemonnaie mit Inhalt, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizei-Präsidiums. — **Verloren:** 1 rotes Portemonnaie mit über 60 Mark und Brotmarken, 1 goldene Herrenuhr mit kurzer goldener Kette, abzugeben im Fundbureau des Polizei-Präsidiums.

Standesamt.

Todesfälle: Sohn des Arbeiters Albert Weigle, 4 M. — Invalide Jakob Julius Single, fast 82 J. — Schmied Bruno Malinowski, 31 J. 1 M. — Witwe Marie Heß geb. Specht, 76 J. 2 M. — Witwe Anna Nadrowski geb. Scherres, 74 J. 4 M. — Schwester des Diakonissenmutterhauses Ida Schulz, 29 J. 8 M. — Frau Bertha Stolz geb. Widder, 46 J. 9 M. — Tochter des Händlers Paul Hasuka, 1 J. 6 M. — Sohn des Bäckers Nikolaus Becker, 3 J. 2 M.

Wasserstandsnachrichten am 7. Mai 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+1,10	+1,06	Dieckel	+0,91	+0,92
Fordon	+1,04	+1,00	Dirschau	+1,11	+1,14
Culm	+0,92	+0,92	Einlage	+2,26	+2,10
Graudenz	+1,04	+1,03	Schiewenhorst	+2,46	+2,36
Kurzebrack	+1,39	+1,39	Wolfsdorf	—0,12	—0,32
Montauerspitze	+1,01	+1,02	Anwachs	+ —	+ —

Gewerkschaftliches.

Reichskonferenz der Versicherungsangestellten.

Vor einigen Tagen tagte in Weimar die Reichskonferenz der im Zentralverband der Angestellten organisierten Versicherungsangestellten. Die Hauptaufgabe der Konferenz bestand in der Stellungnahme zu der verflossenen Reichstarifbewegung und zu den von einigen Renegaten ins Leben gerufenen Absplitterungsbestrebungen.

Dem Verbandsvorstand gelang es, die schweren Vorwürfe, die nach dem Streikabbruch gegen ihn erhoben wurden, zu entkräften. Wie unberechtigt diese Anschuldigungen — und es fehlte an solchen ehrenrühriger Natur nicht — waren, zeigt die nachstehend wiedergegebene Entschließung, die von der Konferenz in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen wurde:

„Die Reichskonferenz der im Zentralverband der Angestellten organisierten Versicherungsangestellten hat nach eingehender Erörterung des vorgebrachten Tatsachenmaterials und der Gründe des Verbandsvorstandes festgestellt, daß, nachdem die Verhandlungsbereitschaft des Arbeitgeberverbandes erzwungen war, der Abbruch des Streiks vom Verbandsvorstande erklärt werden mußte, und zwar von sich aus, weil der Reichsfachausschuß nicht zusammenberufen war. Für diese Kränkung und Verletzung des Rechtes der Versicherungsangestellten ist indes nicht der Verbandsvorstand, sondern wie in den gemeinsamen Sitzungen mit dem Reichsfachausschuß ausdrücklich festgestellt und von Dr. Vollbrecht, dem inzwischen entlassenen Leiter der Reichsfachgruppe im Zentralverband, vorbehaltlos anerkannt werden mußte, letzterer allein verantwortlich. Dabei betont die Reichsfachkonferenz, daß die Aufnahme der Arbeit in den einzelnen Streikorten einheitlich und erst nach Zustimmung der Mitglieder erfolgen darf.

Die Reichskonferenz hat nach alledem die Gewißheit erlangt, daß für den ungünstigen Verlauf der letzten Tarifbewegung den jetzigen Mitgliedern des Verbandsvorstandes keine Schuld zugeschoben werden kann."

Gelegentlich der Besprechung der Absplitterungsbestrebungen zeigte es sich mit aller Deutlichkeit, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Unternehmen handelte. In einer gleichfalls einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

„Die in Weimar tagende Reichskonferenz der im Zentralverband der Angestellten organisierten Versicherungsangestellten hat sich aus dem vorliegenden einwandfreien Material und den eigenen Beobachtungen in den Ortsgruppen überzeugt, daß die Absplitterung eines Teiles der Versicherungsangestellten in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der letzten Tarifbewegung steht.

Vor der gesamten Kollegenschaft stellt die Reichskonferenz die Tatsache fest, daß die Macher der neuen Organisation schon seit Oktober 1919 die Absplitterung vom Zentralverband betreiben. Vom früheren Verband der Versicherungsbeamten zum Zentralverband übernommene Beamte haben nach eigenen Aussprüchen von Anfang an darauf hingearbeitet, daß die Tarifbewegung für die Versicherungsangestellten ungünstig verlaufen müßte, um so die Absplitterungsbestrebungen zu begünstigen. Die Konferenz ist empört über das die Interessen der Versicherungsangestellten schädigende Treiben der Macher des neuen Verbandes. Sie spricht Ihnen, den Vollbrecht, Beume, Sperling, Schneider, Stempfle, Hermann Schädel und Genossen die in ihrer Verlegenheit um ernsthafte Gründe mit den niedrigsten und lächerlichsten Mitteln arbeiten, ihre tiefste Verachtung aus und erwartet von den Berufskollegen, daß sie diesen Renegaten die Gefolgschaft verweigern, und ihr äußerstes daransetzen, damit den selbstsüchtigen Plänen einzelner nicht das Wohl und Wehe der Berufskollegen geopfert wird. Der Zentralverband der Angestellten gewährleistet auch die wirksame Stärkung des Kampfes der Versicherungsangestellten durch die organisatorische Verbindung mit den freien Arbeitergewerkschaften, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Jede abgesplitterte Branchenorganisation ist in der heutigen Zeit überlebt und machtlos."

Aus aller Welt.

Großstadtpiraten in Berlin.

Das Verbrecherunwesen in Berlin macht sich immer mehr und mehr breit. Die Polizei ist kaum imstande, alle Fälle, die ihr zur Anzeige kommen, zu verfolgen. Sehr böse wurde einem Kaufmann aus Süddeutschland mitgespielt, der 12 000 Mark bares Geld bei sich trug und sich von unbekannten Zechgenossen zu einer Bierreise durch verschiedene Nachtlokale verleiten ließ, die über die Sperrstunde hinaus geöffnet halten. Er war endlich so angetrunken, daß er seinem Führer willenlos folgte und gar nicht mehr weiß, in welchem Stadtviertel oder in welchen Straßen er weilte. Das Ende war, daß in einem Lokal mehrere Männer einen Streit mit ihm vom Zaune brachen, über ihn herfielen und ihm außer der Brieftasche mit den 12 000 Mark auch noch das Jackett, den Ueberzieher, den Hut, die Schuhe und Strümpfe raubten. Den Schwerbetrunkenen ließen sie dann auf der Straße liegen. Er wurde von zwei Sicherheitsbeamten aufgefunden und in einer Droschke nach einem Hotel gebracht. — Räubereien dieser Art sind jetzt im Berliner Nachtleben fast eine tägliche Erscheinung. Die Räuber wissen sehr wohl, daß die Wirte es nicht wagen, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen. Finden diese Räuber keine geeigneten Gäste, so wenden sie sich auch gegen die Wirte selbst. Unter Drohungen mit Schußwaffen, die geladene Pistole neben sich auf dem Tische, zwingen sie die Wirte, ihnen Wein und Speise zu verabreichen, ohne dafür zu bezahlen.

Nicht viel besser steht es um die nächtliche Sicherheit auf offener Straße. So fiel ein Klempnermeister, der sich auf dem Heimwege befand, schon um 11 Uhr abends auf der Von-der-Heydt-Brücke Räubern in die Hände. Hier traten ihm vier Männer entgegen. Drei zwangen ihn, mit erhobenen Händen stehen zu bleiben, während der vierte seine Taschen durchsuchte und ihm die Brieftasche mit 7500 Mark und verschiedenen Papieren raubte. — Ein anderer Mann, der nachts um 1 Uhr durch die Landsberger Straße ging, wurde von zwei Mann mit der Frage angehalten, ob er Schuhe kaufen wolle. Neugierig folgte er den beiden nach einem Hausflur in der Kurzen Straße. Hier erklärten die beiden, sie hätten keine Schuhe, aber schöne goldene Ringe und zwangen den Mann, einen falschen Ring, der sich in der Schachtel eines Hofjuweliers befand, für 500 Mk. zu kaufen. Der Ueberfallene ging dann weiter die Alte Schützenstraße entlang. Plötzlich fielen die Räuber, die ihm gefolgt waren, über ihn her, stießen ihn zu Boden und raubten ihm die Brieftasche mit dem Rest von 600 Mark, die sie noch enthielt.

Vermischtes.

Die Arbeitsleistungen der Kriegsbeschädigten.

Ein wichtiges Problem der sozialen Hygiene wird, wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" mitgeteilt wird, in einer Umfrage behandelt, die das deutsch-österreichische Volksgesundheitsamt veranstaltet. Es handelt sich um die Frage, welche Arbeitsleistungen und welche Beschäftigung überhaupt einem Kriegsbeschädigten mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand zugemutet werden können. Eine Reihe von namhaften Fachleuten hat bereits die Arbeitsfähigkeit verschiedener Arten von Kriegsverletzten, der Lungen-, Herz-, Nieren-, Magen-, Darm-, Nervenkranken usw. behandelt, und ihre Referate werden demnächst veröffentlicht werden. Um aber eine möglichst große Menge von Erfahrungen zu vereinigen, werden auch Aerzte des Auslandes, besonders Krankenkassen- und Unfallversicherungsärzte, zur Teilnahme an der Enquete eingeladen.

Die schwierige Lage im Buchhandel.

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" melden, bereitet sich eine im deutschen Buchhandel noch nicht dagewesene umfangreiche und schwierige Kapitals-, Betriebs- und Personenvereinigung vor mit dem Zweck, Leipzigs Stellung als Mittelpunkt des gesamten Buchhandels zu festigen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Leipziger Kommissionsbuchhandel mit geringen Ausnahmen in der bisherigen Weise nicht weiter bestehen kann. Dem Kommissionsbuchhandel ermöglichen auch die erhöhten Gebühren nicht mehr die Weiterführung seiner Geschäfte. Auf der anderen Seite sehen sich Verlag und Sortiment außerstande, einer weiteren Erhöhung der Gebühren der Buchhändler zuzustimmen, um einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden. Um Leipzigs bisherige Stellung im Buchhandel zu sichern, will man den gesamten Buchhandel in einen genossenschaftlichen Betrieb überleiten. Es soll eine Genossenschaft errichtet werden, die ein Kommissionsgeschäft größten Stils unter Uebernahme der bisherigen Leipziger Kommissionsgeschäfte betreiben soll. Die Genossenschaft will darnach streben, möglichst alle Firmen des Buchhandels zu Mitgliedern zu erhalten. Der Börsenverein der deutschen Buchhändler wird sich bei der demnächst in Leipzig stattfindenden Buchhändlerostermesse eingehend mit diesem großen Uebernahmeplan beschäftigen.

Telegramme.

Albert Thomas in [illegible].

Der französische Sozialdemokrat Albert Thomas, der gegenwärtig Direktor des internationalen Arbeitsamts ist, traf gestern in Berlin ein und trat laut „Vorwärts" mit den deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern in Verbindung, um mit ihnen über die Arbeiterfragen zu beraten.

Frankreich unterdrückt die Meinungsfreiheit.

Berlin, 7. Mai. Nach einer Meldung aus Frankfurt am Main ist der Stadtverordnetenvorsteher Hopf in Frankfurt, der jüngst in der Stadtverordnetenversammlung einen Protest gegen die Besetzung der Stadt durch die Franzosen angegeben hatte, von den französischen Behörden in eine Geldstrafe von 10 000 Mark genommen worden.

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loops, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Abgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 8. Mai und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. **Am Sonnabend, den 8. Mai:**

Auf Reichsfleischkarte Abschnitt D: 125 Gramm Kokosfett (Kinderkarten die halbe Menge) zum Preise von **8,— Mk.** für das Pfund, erhältlich bei den zum Verkauf zugelassenen Fleischern der Stadt und der Vororte.

2. **Von Montag, den 10. Mai:**

Auf die **Speisefettkarte: 62,5 Gramm Butter** zum Preise von **10,— Mk.** für das Pfund: Marke 9 der Speisefettkarte in den Vororten **Langfuhr, Neufahrwasser, Heubude, Brösen, Schidlitz, Stadtgebiet, Lauental, Schellmühl** und **St. Albrecht.**

Die Butterhändler der genannten Vororte erhalten die Bezugsscheine für Butter am Sonnabend, den 8. Mai in der Zeit von 8½ bis 12½ Uhr in der Molkereiabteilung, Töpferg. 33.

Die Marke 9 ist von den Bewohnern der inneren Stadt aufzubewahren, da voraussichtlich in nächster Woche auf die noch nicht belieferte Marke 9 Butter verausgabt wird.

3. **Von Dienstag, den 11. Mai:**

Auf die **Lebensmittelkarte**

a) **250 Gramm Haferflocken** zum Preise von **1,80 Mk.** oder **250 Gramm Sago** zum Preise von **1,60 Mk.** für das Pfund, je nach Vorrat: **Marke 36 der** Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Marke 14 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden.

b) **250 Gramm Haferflocken** zum Preise von **1,80 Mk.** für das Pfund oder **250 Gramm Kindergerstenmehl** zum Preise von **1,30 Mk.** für das Pfund: **Kinderkarte Marke 17 K** in Danzig und Marke 20 K in den Nachbargemeinden.

c) **375 Gramm geschälte Erbsen** zum Preise von **2,40 Mk.** für d. Pfd. oder **ungeschälte Erbsen** zum Preise von **2,60 Mk.** für d. Pfd., oder **weiße Speisebohnen** zum Preise von **3,20 Mk.** für das Pfund, je nach Vorrat in den Geschäften: Marken 37 und 18 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 15 und 21 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

d) **1 II.-Packung Süßstoff** zu Preise von **50 Pfg.**: Marken 38 und 19 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 16 und 22 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

e) **500 Gramm Marmelade** zum Preise von **2,— Mk.** für das Pfund: Marken 39 und 20 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 17 und 23 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden. Die Marmelade ist in der üblichen Weise zu beziehen.

4. **Von Mittwoch, den 12. Mai:**

Auf die **Speisefettkarte: 125 Gramm Margarine** zum Preise von **12,— Mk.** für das Pfund auf die Marke 10.

Die Butterhändler erhalten die Bezugsscheine für Margarine am Montag, den 10 Mai in der Zeit von 8½ bis 12½ Uhr in der Molkereiabteilung.

5. **Von Donnerstag, den 13. Mai:**

5 Schachteln Streichhölzer zum Preise von **35 Pfg.** für die Schachtel Marken 40 und 21 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 18 und 24 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Die Restbestände an Sirup dürfen zum Preise von 1,50 M. für das Pfund markenfrei verkauft werden.

Die Einreichung der eingenommenen Marken erfolgt in der üblichen Weise. Die länger als 2 Wochen zurückliegenden, für Mühlenerzeugnisse aufgerufenen Marken, dürfen bei den Großhändlern nicht mehr eingereicht werden, da diese Marken von der Verteilungsstelle nicht mehr berücksichtigt werden. (1275

Danzig, den 6. Mai 1920.

Der Magistrat.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr 175 ausgegeben. (1276

Danzig, den 7. Mai 1920.

Der Magistrat.

Oliva.

Verteilung von Talg und Margarine auf die Milchzulagekarte.

Auf Marke 5 der Milchzulagekarten kommt von Freitag, den 7. d. Mts. ab Talg und Margarine zum Verkauf. Jeder erhält 62,5 Gramm Talg oder 100 Gramm Margarine. Der Kleinverkaufspreis für 1 Pfund Talg beträgt 6,00 M. und für 1 Pfund Margarine 7,80 M. Der Verkauf des Talgs erfolgt bei Fleischermeister Heinrich Frommann und der Verkauf der Margarine bei den Kaufleuten Volkmann, Kankowski, Rappel, Tilsner und im Beamten-Konsum-Geschäft.

Wer der ihm zustehenden Waren bis Montag, den 10. d. Mts., abends 6 Uhr, nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Die in Empfang genommenen Marken sind am Dienstag, den 11. Mai, genau gezählt und [illegible] gepackt auf dem hiesigen Lebens[illegible] [illegible]reichen. Bezüglich der Margarine [illegible] [illegible]m die Verteilung alter Restbestände.

[illegible]er **Gemeindevorsteher.**

J. V.: **Dr. Creuzberg.**

Ausgabe von Brennstoffen.

Zur Belieferung werden aufgerufen:

1. Sämtliche Nummern der Brennstoffkarte B (grün) Marke 9.

2. Sämtliche Nummern der Brennstoffkarte C (rosa), Marke 9.

Auf jede Karte **werden** 2 Zentner Briketts verabfolgt. Der **Preis** beträgt **pro** Zentner 30 M. ab Lager. **Die Briketts sind zu haben auf dem Hofe der Gasanstalt.**

Wer die **Briketts bis** Montag, den 10. d. Mts. nicht abholt, verliert **das** Anrecht darauf.

Oliva, den 6. Mai 1920.

Der Gemeindevorstand.

Ortskohlenstelle.

Stadttheater Danzig.

Direktion: **Rudolf Schaper.**

Freitag, den 7. Mai 1920, abends 7 Uhr

Dauerkarten D 2.

Die Fledermaus

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Sonnabend, den 8. Mai 1920, abends 5¼ Uhr

Dauerkarten E 2.

Egmont

Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. v. Goethe.

Sonntag, den 9. Mai 1920, abends 7 Uhr

Dauerkarten ungültig.

Zum 13. und letzten Male

Die Frau im Hermelin

Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.

Montag, den 10 Mai 1920, abends 6½ Uhr

Dauerkarten A 1.

Nüremberch um 1522

Ein Schauspiel mit seltsamen Geschehnissen in 5 Bildern von Leo...

Arbeiter-Bildungsausschuß

Am Sonntag, den 9. Mai, nachm. 3 Uhr

im Stadttheater

Sonderaufführung

Die versilberte Braut

Ein heiteres Spiel von Geld und Liebe in 3 Akten von Kurt Küchler.

Die Karten werden ausgelost und sind zum Preise von 2,— Mk. zu haben in den Verkaufsstellen der **Volksstimme, Am Spendhaus** und **Paradiesgasse**, in der Zigarrenhandlung **Gottke Nachf.**, Lange Brücke und im **Parteibüro**, 4. Damm Nr. 7 II.

Einlaß 2¼ Uhr. Beginn 3 Uhr.

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55.

Nur bis einschliesslich Montag!

Das Riesen-Programm!

Der Kampf um die Ehe!

I. Teil: (1272

Wenn in der Ehe die Liebe stirbt!

Drama in 6 Akten mit **Thea Sandten.**

Die lichtscheue Dame

Großes Sensations-Schaustück in 6 Akten

Spannend! Sensationell!

Beginn der letzten Vorstellung 7¼ Uhr!

LB

Junkergasse 7

Ecke Breitgasse.

Ab heute, nur 4 Tage!

Ein auserwähltes Riesen-Schlager-Programm!

Der Sohn der Magd

(Die Liebe des Bastard)

Großes soziales Drama in 6 Akten.

Rose Veldtenkirch, Ludwig Hartau, Herm. Thimig.

„Stahl u. Stein"

v. Ludw. Anzengruber.

Ergreifendes Drama in 5 Akten.

Max Neufeld, Gisa Gleis, Eugen Neufeld.

Die feindlichen Nachbarn!

Lustspiel in 3 Akten.

Esther Hagan, Max Gülsdorff, Wilh. Diegelmann. (1274

Geld! erhält sich. Person. durch A. Mikoteit, Oliva, Abb. Glettkau (1279

Betriebs-Kapital, Darlehen bei kl. Rückzahl. Hypotheken auf ländl. Besitz. stets zu vergeben **Rud. Liebtke,** Danzig, Paradiesgasse 8–9. (1111

Hier wird Geld verdient! 60 M. u. mehr täglichen Nebenverdienst ohne Vorkenntnisse (nur für Herren). Näheres mit Muster gegen Einsendung von 3 M. durch **Tscharnke, Gremsdorf,** Bez. Liegnitz. (1089

Strohhutlacke in allen Farben **Strohhutreinigungsmittel Braunsche Stoff- und Gardinenfarben** Reisstärke, Pfd. 15.— Mk. **Waschseife,** Doppelstück 8.— und 16,50 Mk. Schrubber, Scheuerbürsten, Scheuertücher, Seifenpulver sowie Rauchwaren usw. erhalten Sie gut und preiswert bei (1268 **Max Specht,** Drogerie. **Heubude,** Heidseestr. 22.

Teppich zu verkaufen. **Schulz, Mirchauer Weg 39 I.** (1...

Suche ein kl. Grundstück bei 5 bis 8000 Mk. Anz. z. k. **Hohe Seigen 23 I.** (1270

Zur Konfirmation!

Für Knaben

Anzüge, ein- und zweireihig aus blau Cheviot und dunkelmelierten Stoffen, Mützen, Kragen, Krawatten, Manschetten.

Für Mädchen

Kleider, weiss und schwarz :: :: in Voile und dichten Stoffen :: :: Unterröcke, Hemden, Beinkleider, Taschentücher, Handschuhe

empfehlen in bekannt großer Auswahl zu soliden Preisen

Ertmann & Perlewitz

Kaufhaus am Holzmarkt. (652

Lichtbild-Theater Langenmarkt Nr. 2.

Intime Lichtspiele

Von Erfolg zu Erfolg!

Heute Premiére

Leontine Kühnberg

in dem Monumentalfilm

„Ich klage an"

Die Tragödie einer Verführten und Verlassenen in 5 Teilen.

Außerdem: (1265

„Sein Drama"

Ein phantastisches Spiel mit

Ludwig Trautmann.

Anfang 3½ — letzte Vorstellung 1½8

Gallensteine,

Professor Dr. Weber's Gallensteinmittel **Cholapin** ein bewährtes Gallensteinmittel zur Linderung und meist gänzlichen Beseitigung dieses schmerzhaft. Leidens. Preis Mk. 15.— für eine Dose, meist eine Kur ausreichend.

Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt. Zu haben in **Danzig** in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6027

Gesundheitstabak

In Blechdosen in allerbester Qualität für Wiederverkäufer.

Tabakfabrik **B. Schmidt Nachf.** Fuhrmann & Meloch Danzig, Rähm 16. Fabrikfernruf 3775

Gegen Trunksucht ein gutes, wirksames Mittel, welches durch viele Dankschr. empfohlen ohne Wissen des Trinkers gegeb. werden kann, da geruch- und geschmacklos. Frei von schädl. Bestandteilen. Verlangen Sie Prosp. Preis per Dosis 8.— Mk., Doppeldosis 14.— Mk. durch das Generaldepot Apotheker **Frank,** staatl. approbiert, **Berlin B 415.** (8066

Frau sucht Beschäft. i. Nähen auch Ausbess. auß. d. Hause. Busch, Gr. Gasse 21. (1277

Anfertigung sämtlicher

DRUCKSACHEN

in geschmackvoller und sauberer Ausstattung

Kataloge - Broschüren, Zeitschriften - Bücher

Massenauflagen

Buchhandlung

in kürzester Zeit zu billigsten Preisen

Sozialistische Literatur in grosser Auswahl

Danziger Volksstimme

Fernsprecher 3290 **Am Spendhaus 6** Fernsprecher 720

Wir empfehlen folgende

Schriften von Kautsky

Die Vernichtung der Sozialdemokratie 1,50
Die soziale Revolution 2,50
Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche 1,50
Die historische Leistung von Karl Marx 2,—
Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie . . . . —,50
Friedrich Engels. Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften . . . . —,60

Von Dietzgen

Die Religion der Sozialdemokratie . . —,60
Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie . . 1,—
Sozialdemokratische Philosophie . . . —,50
Die Zukunft der Sozialdemokratie . . —,75

Von Stern

Der Zukunftsstaat . . . . —,90
Tod der Todesstrafe . . . . —,50

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Filiale Paradiesgasse 32.

Das neue Vaterunser.

Kein hilfloses Gebet, sondern ein Bericht zur tätigen Arbeit von Dreher Immanuel Herrmann.

Preis 1,50 Mk.

Buchhandlung Volkswacht,

Spendhaus 6 und Filiale Paradiesgasse 32.

Laufbursche,

redegewandt, zum Verkauf von Zeitungen und Literatur sofort gesucht. Meldungen

Buchdruckerei „Danziger Volksstimme"

Am Spendhaus 6.

Erfahrener, zuverlässiger

Werkführer

wird für die selbständige Leitung einer (1266

Fleischkonservenfabrik

gesucht. Nur bestempfohlene Bewerber, welche über langjährige Erfahrungen verfügen, wollen sich unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, Einsendung der Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsforderung melden. Offerten unter „K. P. 30" an die Expedition.